

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 22.07.2010
Dezernat IV	Amt FB 40	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

INFORMATION

I0180/10

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	17.08.2010	nicht öffentlich
Ausschuss für Bildung, Schule und Sport	21.09.2010	öffentlich
Jugendhilfeausschuss	23.09.2010	öffentlich
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	30.09.2010	öffentlich
Stadtrat	14.10.2010	öffentlich

Thema:
Dokumentation der 1. Bildungskonferenz
der Landeshauptstadt Magdeburg vom 26. März 2010
- Referate und Workshops -

Dr. Koch

	<u>Seite</u>
1. Vorbemerkungen	3
2. Impulsreferat (Bürgermeister und Beigeordnete IV)	5
3. Referat zum Thema „Ausbildungs- u. Arbeitsmarkt/ Berufsorientierung“ (Beigeordnete III)	15
4. Referat zum Thema „Bildungsbiografie/ Soziale Kompetenzen“ (Beigeordneter V)	22
5. Referat zum Thema „Perspektiven der Erwachsenenbildung“ (Prodekan FB Wirtschaft, Hochschule Magdeburg- Stendal)	27
6. Zusammenfassung: Workshop 1 „Erwachsenenbildung und Netzwerkentwicklung“	34
7. Zusammenfassung: Workshop 2 „Bildungsbiografie/ Soziale Kompetenzen“	38
8. Zusammenfassung: Workshop 3 „Ausbildungs- und Arbeitsmarkt/Berufsorientierung“	43
9. Fazit und Ausblick	49

Mit Beschluss-Nr.: 2219-74(IV)08 hat der Stadtrat den Oberbürgermeister beauftragt, einen kommunalen Bildungsbericht vorzulegen und diesen künftig regelmäßig fortzuschreiben. Der Bericht soll schwerpunktmäßig eine Bestandsaufnahme der aktuellen Bildungssituation zur Lage des Schulwesens in der LH Magdeburg zum Inhalt haben und durch die Erfassung der sozialen Lagen der Schüler und deren Umfeld ergänzt werden sowie die Aktivitäten des Schulträgers darstellen.

Mit der Information I0145/09 wurde dem Stadtrat am 25.06.2009 über einen „Zwischenbericht zum Stand der Vorbereitung der Bildungskonferenz“ in Kenntnis gesetzt.

Am 26. März dieses Jahres fand die erste Bildungskonferenz mit dem Titel:

„Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie- Analyse, Perspektiven und Strategien in der Landeshauptstadt Magdeburg“

statt.

Ziel der ersten Bildungskonferenz, die unter Federführung des Dezernates IV stand, war es eine Plattform zu schaffen für den inhaltliche Austausch u.a. zu BestPractice-Modellen der Schul- und Unterrichtsorganisation sowie die Gestaltung von Partnerschaften für eine weitergehende Zusammenarbeit bei der perspektivischen Ausgestaltung der kommunalen Schullandschaft.

Der Einladung waren über 100 Experten, u.a. aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung sowie den Bildungseinrichtungen der LH Magdeburg, gefolgt.

Stellvertretend seien die Otto-v.-Guericke- Universität, die Hochschule Magdeburg- Stendal, das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, das Kultusministerium, die IHK, die Handwerkskammer, sowie die Agentur für Arbeit genannt.

Neben dem einleitenden Impulsreferat des Bürgermeisters und Beigeordneten IV wurden weitere Referate vom Beigeordneten III (Thematik: Ausbildungs- u. Arbeitsmarkt/ Berufsorientierung), vom Beigeordneten V (Thematik: Bildungsbiografien/ Soziale Kompetenzen) sowie innerhalb des Workshops 1 durch den Prodekan des FB Wirtschaft der Hochschule Magdeburg-Stendal (Thematik: Perspektiven der Erwachsenenbildung) eingebracht.

Daran anschließend erfolgte die Arbeit in drei Workshops, die im Zusammenhang mit den Referaten folgende Themenschwerpunkte zum Inhalt hatten:

- 1) Erwachsenenbildung/ Netzwerkentwicklung
- 2) Bildungsbiografien/ Soziale Kompetenzen
- 3) Ausbildungs- u. Arbeitsmarkt/ Berufsorientierung

2. Impulsreferat

(Bürgermeister und Beigeordneter IV)

Ich begrüße Sie zur ersten Bildungskonferenz der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die Ergebnisse internationaler Studien des deutschen Bildungssystems und die darin offenkundig gewordenen Mängel, aber auch die demografische Entwicklung mit den Auswirkungen auf die Sicherung des zukünftigen Bedarfs an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt haben in Deutschland zu einer intensiven Diskussion auf verschiedensten Ebenen geführt. Neben Qualitätsmängeln wurde auch eine hohe Selektionswirkung des deutschen Bildungswesens offen gelegt.

Bildung ist und bleibt die wichtigste Voraussetzung für mehr Chancengerechtigkeit.

Die Bildungschancen junger Menschen in Deutschland sind in hohem Maße abhängig von der Herkunft und der ökonomischen Situation von Kindern und Jugendlichen.

Nur wenn Gesellschaft und Politik die Probleme gemeinsam anpacken, können wir den Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit gehen.

Gerade die gegenwärtig wieder in den Fokus rückenden Diskussionen zu den Schulreformplänen einer Allgemeinbildenden Oberschule (AOS) oder einer Allgemeinbildenden Gemeinschaftsschule (AGS) dürfen nicht dazu führen, die schulfachlichen Inhalte, wie z.B. die frühkindliche Bildung, die Einführung von Bildungsstandards, die Stärkung der Sekundarschule, oder die Berufsvorbereitung zu vernachlässigen.

Lassen sie mich an dieser Stelle sehr deutlich voranstellen, dass diese Konferenz- und da schließe ich die Arbeit in den drei Workshops ausdrücklich mit ein- nicht den Auftrag und nicht die Zielstellung verfolgt, die vielschichtigen Themenfelder und die hierzu in großen Teilen öffentlich ausgetragene Diskussion der unterschiedlichen Auffassungen des im Juli 2007 im Land Sachsen-Anhalt einberufenen Bildungskonvents fortzusetzen, zu bewerten oder dem sog. Reformstreit neue Nahrung zu liefern.

Ebenso wenig geht es um die Einschätzung der Überlegungen und Vorschläge des Oberbürgermeisters der Stadt Aschersleben zur möglichen Schulreform oder den Vergleich von Schulmodellen und deren Auswirkungen auf die Magdeburger Schullandschaft.

Vielmehr erhoffe ich mir konkrete Vorschläge und vielseitige Impulse, wie beispielsweise das Herzstück, die pädagogische Arbeit, geprägt durch jede einzelne Kollegin oder Kollegen in seiner Einrichtung und gepaart mit dem notwendigen Handwerkszeug; dazu gehören Bildungsstandards genauso, wie ein handlungsorientierter, praxisnaher Unterricht oder eine weitsichtige Personalplanung noch mehr, noch gezielter und noch zeitnaher eingesetzt und

verflochten werden kann, damit alle SchülerInnen erreicht und auf ihrem weiteren Entwicklungsweg mitgenommen werden.

Es geht letztendlich auch um die Klärung, ob die vorhandenen Maßnahmen, Programme, Strukturen o.ä. zu Fragen des Schulversagens, der Berufsorientierung oder der ganzzweitschulischen Betreuung, um nur einige Gesichtspunkte herauszugreifen, ausreichend sind. Erreichen sie die Zielgruppen. Sind – und wenn ja welche- Alternativen zu entwickeln.

Dass dafür auch Dauerhaftigkeit notwendig ist und übereilte Veränderungen ein schlechter Wegbereiter sind und eher die pädagogische Arbeit belasten, meine ich, nicht gesondert betonen zu müssen.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch die Äußerungen des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Prof. Dr. Böhmer, der sich für eine größere Pause bei den Schulreformen ausgesprochen hat.

„In Bremen“, so sagte er in der letzten Woche vor Journalisten, „hat man einen zehnjährigen Schulfrieden beschlossen. Das würde auch Sachsen-Anhalt gut tun.“

Bezogen auf die PISA-Tests, erklärte er weiter: „Dass im Land das Schulsystem durcheinander gewürfelt wurde, hat uns sehr geschadet.“

Auch auf diesem Hintergrund ordne ich den in der Novembersitzung 2008 durch den Stadtrat beschlossenen Antrag und Auftrag ein, eine Magdeburger Bildungskonferenz zum Thema „Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsbiographie- Analyse, Perspektiven und Strategien in der Landeshauptstadt Magdeburg“ durchzuführen.

Es ist die erste - und ich bin mir bereits jetzt sicher, dass es eine Fortsetzung geben wird, geben muss.

Um für die Umsetzung des anspruchsvollen Stadtrat-Auftrages einen der Interessenlage entsprechenden Teilnehmerkreis zu erreichen, wurden mehrere Gespräche mit Vertretern geführt, die bereits im Vorfeld der Konferenz ihre Teilnahme und Mitwirkung bekundet hatten. Mein Dank gilt hier neben dem Sozialdezernat und dem Wirtschaftsdezernat der Stadt, der Otto-von-Guericke- Universität, der Hochschule Magdeburg- Stendal, und dem Kultusministerium, auch der IHK und Handwerkskammer sowie der Agentur für Arbeit.

Mir- uns allen - ist bewusst, dass wir an einem Tag solche Schwerpunkte wie

„Bildungsrelevante Ressourcen im Elternhaus“, „Schulabschlüsse“, „Schulformwechsel“, „Kompetenzentwicklung“, „Sozialindex“, „Ausbildungsreife“, um nur einige zu nennen, nicht isoliert herausgreifen und allumfassend diskutieren können. Aber wir können und werden mit der 1. Bildungskonferenz Aufmerksamkeit erzeugen, Zeichen setzen und zu weiteren Diskussionen anregen.

Anliegen der Bildungskonferenz, insbesondere im Sinne des oben benannten Auftrages soll es sein, vor allem die kommunalseitig relevanten Themen vertiefend über Problemaufrisse herauszustellen, Ursachen zu analysieren sowie erste mögliche Handlungs- und Lösungsansätze aufzuzeigen.

Es geht um eine kritische Aufarbeitung und Aufbereitung- nicht um Schönwetterberichte.

Bisher gibt es bundesweit nur wenige vergleichbare kommunale Bildungsberichte.

Was die neuen Bundesländer betrifft, haben nach meiner Kenntnis bisher nur Sachsen und Berlin- Brandenburg Bildungsberichte erarbeitet.

Mit dem anspruchsvollen und umfänglichen Bildungsbericht der Stadt Dortmund liegt nicht nur die Meßlatte hoch, sondern auch ein Material vor, welches natürlich auf die Gegebenheiten des Landes Nordrhein- Westfalen abhebt, aber dennoch eine wertvolle Hilfestellung und Vergleichsmöglichkeit für unsere Arbeit bietet.

Im Übrigen dauerte es nicht nur 7 Jahre von der Idee (2000) über den 1. Entwurf (2005) bis zur Veröffentlichung (2007), sondern konnte nur mit breiter Unterstützung u.a. der TU Dortmund realisiert werden.

Zielstellung, und da beziehe ich mich erneut auf den Stadtratsantrag, ist in der Folge dieser Konferenz die Vorbereitung und Erarbeitung eines, die besondere Rolle der Stadt Magdeburg als Oberzentrum unterstreichender, kommunaler Bildungsbericht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Januarausgabe 2010 der Zeitschrift „CHANGE“ kommt das Vorstandsmitglied der Bertelsmannstiftung, Herr Dr. Jörg Dräger, in einem Artikel „Mehr Chancen durch frühe Bildung“ zu der folgenden Einschätzung:

„Gerade für sozial benachteiligte Kinder könnten sich enorme Chancen im Bildungssystem eröffnen:

Wenn Kinder eine Kinderkrippe besuchen, ist es um 40% wahrscheinlicher, dass sie später auf ein Gymnasium gehen.

Bei Kindern aus Zuwandererfamilien steigt diese Wahrscheinlichkeit sogar um 55%.

Am stärksten profitieren Kinder, deren Eltern höchstens einen Hauptschulabschluss haben: Ihre Chance, ein Gymnasium zu besuchen, verdoppelt sich, wenn sie in den ersten Lebensjahren eine Krippe besucht haben.“

Diese interessanten Aussagen möchte ich mit an den Anfang meiner einleitenden Gedanken stellen, sie werden uns während der Konferenz begleiten.

In unserem Bundesland gibt es, unabhängig von der jeweiligen Trägerschaft, vielfältige Bildungsangebote, die von der frühkindlichen Erziehung in Kindertagesstätten, über allgemein bildende und berufsbildende Schulen, Musikschulen, andere mit inhaltlichem Schwerpunkt ausgerichtete Schulen und Volkshochschulen bis hin zu den Hochschulen reichen.

Diese Bildungsvielfalt in Verbindung mit ihrer Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit eröffnet grundsätzlich allen die Chance auf gute Bildung und die Möglichkeit, entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten und Interessen einen passenden Bildungsabschluss zu erwerben.

Dabei sind die frühkindliche Bildung und Förderung das Fundament jeder individuellen Bildungsbiographie.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf den durch die Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung der LH Magdeburg 2007 erstmals herausgegebenen umfänglichen Stadtteilreport aufmerksam machen, der sehr eindrucksvoll und anschaulich verdeutlicht, dass soziale Differenzierungsprozesse in den Kommunen deutschlandweit zugenommen haben.

Die Kommunalpolitik steht aufgrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung vor dem Problem, dass „...soziale Probleme (Lebenslagen) sich stadtteilorientiert –also teilträumlich- immer stärker polarisieren.“

Auch hierüber, und da bin ich mir sicher, wird vor allem im Workshops 2 sehr ausführlich diskutiert werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landeshauptstadt Magdeburg hat gemäß Schulgesetz Land Sachsen- Anhalt im Rahmen ihrer Schulentwicklungsplanung dafür Sorge getragen, dass nach den demografisch bedingten - historisch einmaligen - Schließungen von Schulstandorten,

- 1991/92 waren es einmal 122 allgemein und berufsbildende Schulen in kommunaler Trägerschaft,
- 2009/10 sind es 68

in den vergangenen Jahren kontinuierlich und konsequent ein ausgewogenes, auf den Bedarf ausgerichtetes, leistungsfähiges und verlässliches Schulnetz an allgemein bildenden und Berufsbildenden Schulen entwickelt werden konnte.

Seitens der Genehmigungsbehörden wurde die Schulentwicklungsplanung der LH Magdeburg, auch das möchte an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, als beispielhaft attestiert.

Insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung wurde seitens der Landeshauptstadt Magdeburg bereits Mitte der 90-iger Jahre und damit sehr frühzeitig eine „Analyse zur Situation an den Berufsbildenden Schulen der LH Magdeburg“ erstellt.

Diese bildete aus schulentwicklungsplanerischer Sicht die Grundlage für die langfristige Zielstellung der Konzentration und Profilierung der Standorte der Berufsbildenden Schulen.

Aktuell werden folgende allgemein und berufsbildende Standorte vorgehalten:

- 33 Grundschulen,
- 12 Sekundarschulen,
- 5 Gymnasien,
- 1 Kolleg/ Abendgymnasium,
- 2 Integrierte Gesamtschulen,
- 11 Förderschulen,
- 4 berufsbildende Schulen in kommunaler Trägerschaft.

Mit Beginn des neuen Schuljahres 2010/11 wird sich dann die Anzahl der Sekundarschulen um zwei und die Anzahl der Förderschulen mit dem Schwerpunkt „Lernen“ um eine vermindern.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich an dieser Stelle, dass mit der zusätzlichen Etablierung von Schulen in freier Trägerschaft in den letzten Jahren schrittweise ein breit gefächertes Bildungsangebot in der Landeshauptstadt entstanden ist. Dies sind im laufenden Schuljahr 2009/10 9 Schulen.

Die erwähnten Schulentwicklungsfragen zogen logischerweise hohe Anforderungen an die Gestaltung der Schulstandorte nach sich.

Neubau und umfängliche Sanierungen von Schulgebäuden prägten deshalb in den letzten Jahren das Bild städtischen Baugeschehens. Es verging kaum ein Jahr ohne Baumaßnahme. Stellvertretend nenne ich hier:

- 1997 Neubau Albert-Einstein-Gymnasium
- 1999 Wiederaufbau der ehem. Bismarck-Victoria-Schule (Hegelgymnasium)
- 2001 Generalsanierung der Häuser C und B der BbS III (heutige BbS „Otto-v.-Guericke“)
- 2003 Sanierung und Erweiterung der GS „Ottersleben“
- 2008 Sanierung der Ganztagschulen (Sek „Müntzer“; Sek „W. Weitling“; GS „Lindenhof“; beide Sportschulen).

Mit den gerade abgeschlossenen sowie laufenden bzw. vorbereiteten, umfangreichen, alle Schulformen betreffenden Schulsanierungen liefert die Landeshauptstadt Magdeburg ein eindrucksvolles und richtungweisendes Beispiel in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben als Schulträger.

So liegen zum Beispiel im Rahmen der 1. Antragswelle der Schulbaurichtlinie (EFRE IV) die Zusagen des Landes zur Förderwürdigkeit für 3 Schulen bereits vor, drei weitere Schulen wurden für die 2. Antragswelle im Landesverwaltungsamt eingereicht.

Hinzu kommen 20 Schulstandorte, die über das aus 4 Paketen bestehende PPP-Programm umfassend saniert werden. Mit Stand Februar 2010 konnten nunmehr, nach jeweils knapp 18 Monaten Sanierungszeit, die 10 im Paket 1 und 2 hergerichteten Schulanlagen zur Nutzung übergeben werden.

Für weitere 10 Schulgebäude bzw. Sporthallen sind Sanierungen im Konjunkturpaket II vorbereitet oder sind angelaufen, wie z.B. der Fensteraustausch am Standort der Sek „J.- W. -v. Goethe“/ GS „Amsdorfstraße“. Das sind unstrittig die anerkanntesten und umfassendsten Schulsanierungen in der Geschichte der Stadt Magdeburg.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Qualität der Bildung ist eine zentrale Kategorie für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die von mir eben beschriebenen sächlichen Vorraussetzungen bilden dabei nur einen Teil dieses komplexen Prozesses ab.

Mit großer Sorge habe ich die im vergangenen Jahr in der Magdeburger „Volksstimme“ seitens des Landes erfassten Aussagen zu den Schulabbrecherquoten 2004/05-2007/08 an Sekundarschulen verfolgt.

So erreichten rd. 11% der Schulabgänger 2008 in Sachsen- Anhalt keinen Abschluss oder nur einen Förderschulabschluss. Ohne Abschluss blieben darunter rd. 15% der Förderschüler, aber auch 7,5% der Sekundarschüler.

Betrachtet man den Wert von 7,5% als Landesdurchschnitt und bezieht ihn auf die Schulen der Stadt wird deutlich, dass 4 der 12 Sekundarschulen diesen Wert unterschreiten. Die verbleibenden Sekundarschulen liegen in einer Bandbreite von 9 bis zu 21% [3 Sek: mit 17%; 19% und 21%] und überschreiten damit teilweise mehr als deutlich den Durchschnittswert. Erste Ursachen werden nach Einschätzung der obersten Schulbehörde in den Stadtteilindikatoren (z.B. Jugendquote, Jugendarbeitslosenquote, Ausländerquote), im Einzugsbereich der Schulen, vorangegangenen Schulfusionen oder der mangelnden Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule gesehen.

Die in der Veröffentlichung ebenfalls formulierte Zielstellung des Landes, den Anteil der Schulabbrecher dauerhaft unter 10% zu senken, stellt eine nüchtern logische, aber zwingend notwendige Aufgabe dar.

Hier wird es m.E. insbesondere im Workshop 2, der sich mit Bildungsverläufen und sozialen Kompetenzen beschäftigen wird, eine Vielzahl von Ansatzpunkten für die Diskussion geben. Ich denke hierbei auch an kritische Analysen der Wirksamkeit zu den bereits laufenden Programmen oder Modellen zur Vermeidung von Schulversagen. Beispielhaft ist hier das Landes- und ESF-Programm „Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs“, das mit großer Resonanz- so die Einschätzung des Kultusministeriums- in den Schulen, Kommunen und Landkreisen aufgenommen wurde und im Jahr 2010 fortgeführt werden wird.

Aber auch die Arbeit der regionalen Netzwerke, die Förderung bildungsbezogener Angebote an Schulen oder die Schulsozialarbeit sind unerlässliche Bestandteile. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei ebenfalls der Umstand der frühzeitigen Wahrnehmung von Schulversagen.

Die Sekundarschule, das hatte ich eingangs bereits erwähnt, stellt eine wichtige Säule innerhalb des pluralistischen Bildungsangebotes der LH Magdeburg dar.

Vordergründige Aufgabe der Sekundarschule ist es, den Schülern neben allgemeiner vor allem berufsorientierende Bildung, entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten, umfassend zu vermitteln.

„Vor allem die Sekundarschulen müssen sich stärker auf das Elementare konzentrieren, auf grundlegende Wissensbestände und Kompetenzen, damit diese nicht in einer unbewältigten Stofffülle untergehen“, so Kultusminister Prof. Dr. Olbertz in seinem an die Kolleginnen und Kollegen gerichtetem Grußwort für das Jahr 2010.

Die Sekundarschule schafft die Grundlagen für eine berufliche Ausbildung bzw. die Voraussetzungen für den Besuch von weiterführenden Bildungsgängen. In den letzten Jahren haben rd. 72-75% der Schulabgänger der allgemein bildenden Schulen den Weg in eine berufliche Ausbildung eingeschlagen.

Insbesondere die an der Sekundarschule zu erwerbenden schulischen Abschlüsse bilden die notwendige Zugangsvoraussetzung für eine berufliche Ausbildung.

Bereits jetzt ist in einigen Branchen ein vorherrschender Fachkräftemangel zu verzeichnen. Die kurze Formel lautet: Unternehmen brauchen Nachwuchs, Schulabgänger brauchen Lehrstellen. Für beide ist das eine Frage der Zukunft.

Statistisch gesehen hätten Schulabgänger und Unternehmen bereits zueinander finden können, da mehr als 300 angebotene Lehrstellen unbesetzt blieben.

Auf dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wird zukünftig die Gewinnung von geeigneten Schulabgängern/ Fachkräften, auch für die Wirtschaftsunternehmen in der Region, noch schwieriger, bietet aber andererseits die Möglichkeit, den gewünschten Ausbildungsplatz zu bekommen.

So sind beispielsweise einer DGB-Information zu ausgewählten Daten der beruflichen Bildung Sachsen-Anhalts (September 2009) bei Berufswünschen der Bewerber zu entnehmen, dass solche Berufe wie:

- Kaufmann/-frau Einzelhandel,
- Verkäufer/ Verkäuferin,
- Bürokaufmann/-frau oder
- Kfz- Mechatroniker

in der Wunschliste auf den vordersten Plätzen stehen.

Das Land hat den Stellenwert der Sekundarschulen deutlich herausgestellt. Durch eine Vielzahl von Initiativen und Programmen werden landesseitig Maßnahmen eingeleitet, die letztendlich dem Ziel dienen, die Stabilität in der Sekundarschullandschaft zu stärken. Das Projekt BRAFO (Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren) sei hier stellvertretend benannt.

Basierend auf einem Stadtratsantrag hat sich in der Landeshauptstadt Magdeburg durch das Engagement des Stadtelternrates - hierfür an dieser Stelle nochmals mein ausdrücklicher Dank-

mittlerweile bereits zum zweiten Mal eine Schulmesse etabliert, die mit dazu beitragen wird/kann, ein größeres Interesse gerade an der Sekundarschule zu wecken.

Innerhalb des Workshops wird es zur Thematik der Sekundarschulen, Übergangsverhalten an weiterführende Schulen, Berufsorientierung, Ausbildungsreife, Fachkräftemangel ausreichend Gelegenheit geben, diese Aspekte u.a. mit den Vertretern der Kammern und Verbände zu vertiefen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Gäste,

sich verändernde Lebens- und Arbeitsbedingungen machen lebensbegleitendes Lernen immer notwendiger.

„Lebenslanges Lernen“ - damit möchte ich langsam zum Ende meine Ausführungen überleiten - ist in der jüngsten Vergangenheit immer mehr zu einem komprimierten Begriff geworden, der sehr einfach aber anschaulich verdeutlicht, dass Bildung auch die Weiterbildung und damit auch letztendlich die Erwachsenenbildung einschließt.

In einer gut ausgebauten Weiterbildungsinfrastruktur, die es jedem Individuum ermöglicht, die Vorstellung vom lebensbegleitenden Lernen auch tatsächlich zu realisieren, wird Bildungs- und Weiterbildungsberatung zu einem Kernelement.

Neben der städtisch geführten Volkshochschule, die 2009 auf ein 90-jähriges Bestehen zurückblicken konnte und am fast fertig sanierten Standort in der Leibnizstraße seit zwei Jahren eine neue Heimstadt gefunden hat, sind die Universität „Otto-v.-Guericke“ und die Hochschule Magdeburg- Stendal außerordentlich wichtige Partner in diesem Prozess.

An dieser Stelle möchte ich bereits auf das Impulsreferat der Hochschule Magdeburg- Stendal hinweisen, das u.a. Bezug auf die Einflussfaktoren der Erwachsenenbildung und ihre Zukunftsentwicklung nehmen wird. Ebenso wird für alle Teilnehmer im Workshop 1 die Gelegenheit sein, diese Thematik schwerpunktmäßig vertiefend zu diskutieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit meinen einleitenden Worten wollte ich Sie auf die Thematik einstimmen.

Es konnten bei der Vielschichtigkeit der Thematik lediglich Denkanstöße sein, die es gilt, in den einzelnen Workshops zu untersetzen und zu erörtern.

Bildung macht reich- diese Erkenntnis sollte Politik, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen, Schüler, Eltern, Lehrer und Unternehmen motivieren, mehr in die Bildung zu investieren.

Entscheidend sind aber nicht allein finanzielle Ressourcen, sondern gute Konzepte, eine möglichst enge Vernetzung aller Akteure, mehr Wissen um die Praxis und verbesserte Übergänge ins Berufsleben. Das steigert die Motivation auf allen Seiten.

In diesem Sinne danke ich für ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gemeinsam viel Erfolg.

Ich übergebe nun das Wort an Herrn Nitsche, Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit.

3. Referat zum Thema „Ausbildungs- u. Arbeitsmarkt/ Berufsorientierung“ (Beigeordneter III)

„Erfolgreiche Bildungsbiografien“ ist aus der Sicht der Wirtschaftsförderung der Anspruch, daran mitzuwirken, dass jeder Schulabgänger entsprechend seinen Fähigkeiten eine ihm adäquate Ausbildung erhält, damit die regionale Wirtschaft ihren Bedarf an Arbeitskräften decken kann. Damit und mit den Gegenständen berufsbezogene Schulbildung und speziell berufliche Bildung ist in einfachen Worten die gemeinsame „Schnittmenge“ von Bildungspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung beschrieben.

Dieses weitere Verständnis von Wirtschaftsförderung trägt den sich rasch ändernden globalen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung: Knapper werdende Haushaltsmittel der öffentlichen Hand verringern die Möglichkeiten der klassischen Förderpolitik, Fördermittel werden gezielter eingesetzt werden müssen. Transferzahlungen aus dem Solidarpakt wie aus EU-Fonds nehmen ab.

Die Strategie staatlicher Wirtschaftspolitik wandelt sich und gestaltet Unternehmensfinanzierung (degressiv auslaufende Investitionszulage) immer mehr zur Technologieförderung insbesondere bei innovativen Unternehmen. Dies zeigt sich etwa in Sachsen-Anhalt an der besonders starken Förderung von Forschung und Entwicklung in der Automobil-Zuliefererindustrie (z.B. das Institut für Kompetenz in AutoMobilität, IKAM, in Magdeburg-Barleben), der Solarindustrie und der Biochemie.

Die Folgen der Globalisierung haben längst die Strukturen auch der Wirtschaft im kommunalen Rahmen erfasst, sodass Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung ohne internationale Dimensionen nicht mehr denkbar sind und regionale Bezugsgrößen erfordern.

Dies zeigt: Wirtschaftsförderung richtet sich strategisch neu aus, wird weniger quantitativ angelegt sein, sondern qualitative Elemente in den Vordergrund rücken. Dies ist auch der Fall in der Reaktion der Wirtschaftsförderung auf den demografischen Wandel und den Wegzug von Jugendlichen, was tiefgreifende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und damit die Arbeitsmarktpolitik hat. Fachkräftemangel hat schon jetzt ganze Branchen erfasst und bedroht den wirtschaftlichen Aufschwung insgesamt.

Um es mit den Worten des Landes-Wirtschaftsministers Dr. Haseloff auszudrücken: Wirtschaftspolitik ist mehr als das Ausreichen von Fördermitteln. Zu ihr gehören in zunehmendem Maße die Themen „Schule und Ausbildung“ sowie „Fachkräftesicherung“.

Bei der Bestandsaufnahme geht das Wirtschaftsministerium in einer Fachkräfte-Bedarfsanalyse vom Dezember des vergangenen Jahres davon aus, dass von einem flächendeckenden Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt bis zum Jahre 2016 nicht auszugehen sei.

Im Einzelnen kommt die Studie zum Ergebnis, dass die Zahl der Personen, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, bis zum Jahr 2016 voraussichtlich um 13 % (minus 155.000) auf 1,07 Millionen sinken wird. Die Zahl der Schulabgänger wird sich von rund 18.700 in 2009 auf etwa 16.960 im Jahr 2016 (minus 9,3 %) verringern. Insgesamt wird sich in 2016 Arbeitsplatzangebot und -nachfrage im Land ungefähr die Waage halten. 750.000 Personen werden für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zur Verfügung stehen bei einem Angebot von 710.000 bis 785.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen.

Hinsichtlich des Fachkräfteproblems kommt die Analyse zu dem Schluss, dass neben kleinen und mittleren Unternehmen vor allem Branchen wie etwa die Chemie- und Kunststoffindustrie von Fachkräftemangel betroffen sein werden. Eine differenzierte Betrachtung ist also nötig.

Wenn aber die Industrie mit bestimmten Branchen von Fachkräftemangel betroffen ist, kleine und mittlere Unternehmen sogar insgesamt, so ergibt sich auch für kommunale Wirtschaftsförderung ein Handlungsauftrag. Im „Konzert“ mit anderen Akteuren wie Kammern und Berufsverbänden, der Agentur für Arbeit und Bildungsträgern ergibt sich für die Kommune als Schulträger ein Auftrag aus dem Umstand, dass Fachkräftemangel nicht nur ein Problem branchenspezifischer und struktureller Steuerung des Arbeitskräfteangebots ist, sondern zu einem großen Teil tiefer liegende Ursachen hat:

Unbestritten ist, dass Fachkräfte schon deshalb in nicht ausreichender Anzahl zur Verfügung stehen, weil die Zahl der Schulabgänger insgesamt abnimmt. Verschärft wird die Lage dadurch, dass es an der Berufsorientierung vieler Schulabgänger mangelt. Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit haben in den letzten Jahren stark abgenommen.

Der Präsident der IHK Magdeburg Klaus Olbricht trifft die Feststellung, dass 50 % der Lehrlinge nicht ausbildungsreif sind. Er warnt vor der Einschätzung, bei sinkenden Schülerzahlen werde es leichter, trotz schlechter Leistungen eine Lehrstelle zu finden. Das Gegenteil sei der Fall, es gebe schon 1000 unbesetzte Stellen, weil Firmen keine geeigneten Bewerber finden. Andererseits suchen jedes Jahr kurz vor Beginn des Ausbildungsjahres noch Tausende von Jugendlichen vergeblich einen Arbeitsplatz.

Im Einzelnen wird geklagt: Es werde am Bedarf vorbei ausgebildet, die schulische Ausbildung sei zu theoretisch, fast wissenschaftlich, während zum Beispiel Prozentrechnen nicht beherrscht werde. Es würden keine technischen Fähigkeiten gefordert, Arbeitsmoral und Pflichtbewusstsein würden nicht vermittelt, die gesamte Lebenswirklichkeit der Arbeitswelt werde ausgeblendet. Diese aber sei durch ständig wachsende Komplexität der Arbeitsprozesse ebenso geprägt wie durch größere Bedeutung ausländischer Märkte und insgesamt zunehmender internationaler Verflechtung. Vor allem fehle es also an mathematischen, naturwissenschaftlichen und sprachlichen und sozialen Kompetenzen, die zu einem erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung befähigen.

Um dem Abhilfe zu schaffen, wird vor allem von der Sekundarschule gefordert, die Ausbildungsreife der Jugendlichen zu verbessern. Dem könnten Maßnahmen dienen wie die Erhöhung der Kernfachstunden, weitere Stunden für die individuelle Förderung, die Erweiterung des Praxisbezuges durch Betriebspraktika sowie die konsequente Anwendung der neuen Lehrpläne für die Sekundarschulen. Besonderes Augenmerk ist auf die Stärkung der Grundkompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Deutsch und den MINT-Fächern zu richten. Auch Sprachkenntnisse und soziale Fähigkeiten wie Zuverlässigkeit, Team- und Konfliktfähigkeit sowie Tugenden wie Leistungsbereitschaft, Zielstrebigkeit und Durchhaltevermögen müssen stärker vermittelt werden bis hin zu interkultureller Kompetenz. Diese und andere Fähigkeiten haben die beiden Industrie- und Handelskammern in Sachsen-Anhalt in einem Katalog von Erwartungen an Schulabgänger zusammengestellt.

Wenn vorhin angemerkt wurde, dass jedes Jahr kurz vor Beginn des Ausbildungsjahres noch Tausende von Jugendlichen vergeblich einen Arbeitsplatz suchen, so erscheinen in der amtlichen Statistik als „unversorgte Bewerber“ alle diejenigen nicht, die in eine Einstiegsqualifizierung, ein Berufsbildungsjahr oder eine andere Maßnahme zur Ausbildungsvorbereitung vermittelt werden. Derartige Maßnahmen sollen nunmehr kurz beleuchtet werden.

Im vergangenen Jahr hat das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in einer Studie die Erfolgsbilanz derartiger Programme für den Übergang von der Ausbildung zum Beruf analysiert und sie besser eingeschätzt als angenommen. Vor allem Jugendliche mit Hauptschulabschluss könnten ihre Chance auf einen Ausbildungsplatz deutlich verbessern, wenn sie sich an einer Berufsvorbereitung beteiligten. Besondere Erfolge bei der Qualifizierung bescheinigt die Studie den berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB) der Bundesagentur für Arbeit sowie dem schulischen Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). So gelinge es immerhin jedem 3. Jugendlichen, der zu Beginn von BvB und BVJ ohne Schulabschluss gewesen sei, diesen nachzuholen. Die Berufsfachschule schließe sogar jeder 2. mit einem höherwertigen Schulabschluss ab, 16 % schafften sogar die Fach- oder Hochschulreife.

Bevor beispielhaft auf einige Programme zur Gestaltung des Übergangs Schule – Ausbildung / Beruf eingegangen wird, sei auf PFIFF hingewiesen, das „Portal für interessierte flexible Fachkräfte Sachsen-Anhalt. Damit hat das Land eine erfolgreiche Internetplattform geschaffen, die neben der Vermittlung von Fachkräften auch Serviceleistungen, etwa zu einem erfolgreichen Bewerbungsverfahren, anbietet.

Das Landes-Programm BRAFO (Berufswahl richtig angehen, frühzeitig orientieren) hat indes ein zentrales Thema dieser Bildungskonferenz zum Gegenstand, die Berufswahlvorbereitung. Schüler der siebten und achten Klassen der Sekundarschulen erhalten die Möglichkeit, noch vor der eigentlichen Berufsberatung ihre individuellen Fähigkeiten zu erkennen und diese mit gewünschten Berufsfeldern abzugleichen.

Als Beispiele von Aktivitäten Branchen- bzw. Unternehmensaktivitäten sei zunächst PÜSA genannt. Mit dem Projekt „Praxisnaher Übergang Schule-Ausbildung“ bietet das Berufsbildungszentrum der Handwerkskammer Magdeburg Achtklässlern mehr als nur Einblicke in einen Handwerksberuf, da auch praktische Arbeiten in den Werkstätten möglich ist. Dies öffnet Schülern neue Perspektiven in Ausbildungsberufen, die sie vor der PÜSA-Woche gar nicht in Betracht gezogen hätten.

Das Qualifizierungswerk Chemie bietet, gefördert vom Landes-Kultusministerium, ein Zertifizierungsverfahren für Schulen an. Die Schulen können das „Berufswahl-Siegel Sachsen-Anhalt“ als „Schule mit vorbildlicher Berufswahlorientierung“ erlangen.

Jüngst wurde von der Aktion Jobcoach des Personaldienstleisters Randstad berichtet: In 90-minütigen Unterrichtseinheiten coachen praxiserfahrene Mitarbeiter bundesweit Berufsschulklassen, um sie fit fürs Bewerben und den Arbeitsmarkt zu machen. Ausgangspunkt ist die Erkenntnis, dass nur knapp 2/3 der Auszubildenden von ihren Betrieben übernommen werden.

Die Composite-Unternehmen in Sachsen-Anhalt wollen junge Leute für Composite-Technologien (Verbundstoffe) und für ihre Ausbildungsangebote interessieren. Mit der Hochschule Magdeburg-Stendal wurde der Film „S(ch)ichte deine Zukunft“ gedreht, der Schulen zur Verfügung steht.

Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg hat ein besonders praxisbezogenes Konzept für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen entwickelt, die Zusammenarbeit der lehrerbildenden Einrichtungen weiter zu entwickeln. In einem Wettbewerb des Stifterverbands „Von der Hochschule in den Klassenraum“ wurde die Universität dafür ausgezeichnet.

Das Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle hat die Themen Berufsorientierung, Ausbildungsreife und Übergangsmanagement als Forschungsgegenstände und begleitet Projekte, darunter einige mit kommunaler Beteiligung und im regionalen Rahmen. Einige seien hier aufgezählt:

- Übergangsmanagement „2. Chance“ für Bildungsgänge zum Nachholen von Schulabschlüssen im Bildungsnetzwerk „LUQ“ der Lernenden Region Frankfurt
- „Regionales Netzwerk – Jugendpilot“ (RJN), ein gemeinsames Projekt der Kreisverwaltung Burgenlandkreis und der ARGE Burgenlandkreis
- *PraxiS*, Praxistage für Schüler mit fünf Förderschulen im Burgenlandkreis
- „KREATIV – Förderung von Begabten für Innovationsfelder der regionalen Wirtschaft“, ein Projekt der Lernenden Region Mittleres Mecklenburg - Küste
- *STARegio* Nordwest-Oberfranken, Neue Ausbildungsplätze in Zukunfts- und Wachstumsbranchen

Hinzu kommen ehrenamtliche Initiativen zur Berufsvorbereitung wie die des Magdeburger Bündnisses 50 plus: Qualifizierte arbeitssuchende Hochschulabsolventen aus dieser Generation erläutern die Berufsbilder alters- und kindgerecht, besuchen mit den Schülern anschließend potenzielle Ausbildungsbetriebe, dort werden die Schüler vor Ort mit den Berufsbildern und mit den schulischen und körperlichen Anforderungen bekannt gemacht. Eine gemeinsame Auswertung schließt sich an, die in Berufsförderunterricht einschließlich „Benimmkunde“ einfließen kann.

Erwähnt seien besondere Veranstaltungen wie „Tage der Berufe“, etwa jüngst in Magdeburg, an dem, vermittelt durch die Agentur für Arbeit, etwa 70 Betriebe ihre Türen für interessierte Schüler ab der siebten Klasse öffneten. Nur kurz erwähnt seien Berufsfindungsmessen, wie die inzwischen wieder erfolgreich verlaufende Messe Perspektiven und in sie integriert KickStart, die Ausbildungsmesse speziell für die Metall-, Elektro- und IT-Branche.

Diese und andere Programme und Aktivitäten zur Gestaltung des Übergangs Schule – Beruf gilt es näher auf Wirksamkeit und Nachhaltigkeit sowie mögliche Synergien hin zu untersuchen. Dabei darf ein unerwünschter Effekt nicht außer Betracht bleiben: Auch solche Firmen, die bewusst Kandidaten für weniger anspruchsvolle Stellen einstellen wollen und Abstriche am Leistungsprofil machen können, klagen über einen Bewerbermangel. Sie kritisieren, dass viele Schulabgänger nach der Schule in das Übergangssystem geschleust werden, obwohl sie auch direkt einen Ausbildungsplatz bekommen könnten. Viele hätten noch nicht realisiert, dass es keinen Mangel mehr an Ausbildungsplätzen gebe.

Damit sind einige Fakten genannt und Kontroversen aufgezeigt. Sie sollen die Grundlagen bieten für die im Workshop 3 zu klärende Frage, welche Maßnahmen insbesondere die Akteure auf kommunaler Ebene ergreifen können, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die Berufsorientierung zu verbessern.

Ein Ansatz scheint aber jetzt schon von besonderer Bedeutung. Im Folgenden wird Frau Stefanie Fahrtmann vom Bildungswerk der Unternehmerverbände Sachsen-Anhalt e.V. (BdU) ein vom Wirtschafts- und vom Kultusministerium des Landes erfolgreich bewertetes und nunmehr verlängertes Projekt der Lehrerfortbildung vorstellen. Auch hier will ich zitieren, und zwar den

sachsen-anhaltischen Arbeitgeberpräsidenten Klemens Gutmann, der fordert, dass sich Lehrer Richtung Arbeitsleben öffnen müssen.

Die Aussagen des Beigeordneten ergänzt eine Vertreterin des Bildungswerkes der Unternehmerverbände Sachsen-Anhalt e.V. (BdU):

Das Bildungswerk der Unternehmerverbände Sachsen-Anhalt e.V. realisiert seit seiner Gründung Projekte im Bereich „SCHULEWIRTSCHAFT“. Dabei zielen die Projekte hauptsächlich darauf ab, die Schulen in ihren Berufswahlvorbereitungsprozessen zu unterstützen und den Unternehmen neue Wege bei der Gewinnung geeigneter Auszubildender aufzuzeigen. Im Mittelpunkt steht dabei die Koordinierung zielgerichteter und praxisnaher Maßnahmen, Aktionen und Veranstaltungen zwischen Schulen und Unternehmen, um nachhaltige Kooperationsansätze zu schaffen.

Projekte wie die „Lehrerfortbildungsreihe zur praxisnahen Berufsorientierung“ und „Praktikapool III“ sind Praxisbeispiele für die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Unternehmen für eine effektive Berufsorientierung und –vorbereitung der Schüler. Das darauf gerichtete Lehrerfortbildungsprogramm sieht Seminare zur Berufsorientierung und Betriebsbesichtigungen vor, ein viertägiges Betriebspraktikum verschafft besondere Einblicke in praktische Bildungsanforderungen von Unternehmen, wird allerdings bislang nur zögerlich genutzt.

Anmerkung des Referenten:

Kurz nach der Bildungskonferenz hat das „Forum für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt“, der Zusammenschluss führender Vertreter von Wirtschafts- und Kommunalverbänden sowie Behörden, neun Thesen für eine bessere Berufsvorbereitung veröffentlicht. Die Thesen richten sich an die Bildungspolitik Sachsen-Anhalt insgesamt (z.B. duale Ausbildung stärken, Berufsschulen ertüchtigen, Weiterbildungslandschaft erhalten usw.), fordern aber vor allem aber „Vorsorge der Berufsorientierung“ und: „Das Niveau der Schulabgänger ist zu verbessern“. Die Thesen sind beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit erhältlich.

4. Referat zum Thema „Bildungsbiografie/Soziale Kompetenzen

(Beigeordneter V)

Ich kann mich all dem bisher Gesagten vollinhaltlich anschließen. Zahlreiche Fragen im Zusammenhang mit der Bildung und Erziehung der Kinder und Jugendlichen unserer Stadt müssen beantwortet werden. Auf eines möchte ich an dieser Stelle einleitend hinweisen: Dass wir heute die Bildungskonferenz durchführen ist ein Ergebnis der ersten Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut der Landeshauptstadt Magdeburg im Oktober 2008. Dort wurde der Vorschlag unterbreitet, eine kommunale Bildungskonferenz durchzuführen.

Ein Arbeitskreis hatte sich damals sehr intensiv und detailliert mit dem Zusammenhang von Armut und Bildung befasst. Nachfolgend, am 10. November 2008, beauftragte der Stadtrat der vierten Wahlperiode den Oberbürgermeister auf Antrag der Fraktionen future!, FDP und Linke einstimmig, jährlich einen Bildungsbericht vorzulegen und mit der Durchführung einer Bildungskonferenz.

Er hat unter anderem angeregt, sich gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Landes damit zu befassen, welche Erfordernisse sich aus kommunaler Sicht und unter sozialen Gesichtspunkten an das Bildungssystem ergeben.

Stadtrat und Stadtverwaltung haben keinen unmittelbaren Einfluss auf den Bildungs- und Erziehungsprozess in den Schulen. Viele Empfehlungen unserer ersten Fachtagung zur Kinder- und Familienarmut, wie ein längeres gemeinsames Lernen, liegen in der Entscheidungskompetenz des Landes. Die Stadt beschränkt sich aber nicht darauf, für ein Schulnetz zu sorgen, das dem vom Land definierten Bedarf entspricht.

1. Wir leisten aber weitaus mehr als das. Der Bereich der vorschulischen Bildung und Erziehung ist der Stadt per SGB VIII und KiFöG des Landes Sachsen-Anhalt übertragen: Die Kinderbetreuung. Jedes Kind im Alter von 0 bis 6,5 Jahren hat einen Rechtsanspruch auf Betreuung. In Magdeburg sichern wir diesen Rechtsanspruch durch 126 Kindereinrichtungen von 33 Freien Trägern. Der Stadtrat stellt dafür in diesem Jahr rund 49 Millionen Euro zur Verfügung (Plan 2009: 42 Millionen Euro). Eine neue Finanzierungsrichtlinie für die Kinderbetreuung, die im April 2010 den Stadtrat vorliegen wird, sollen Träger und Kindereinrichtungen mit besonderen pädagogischen Profilen und

Angeboten besser honoriert werden. Auch die Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung in Kindereinrichtungen dient einem guten Start der Kinder in den Schulalltag.

2. Das Jugendamt unterstützt den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Gesetzliche Vorgaben zur Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen sollen verbindliche Formen erhalten. Wir wollen das u.a. mit Unterstützung der Bertelsmannstiftung noch in diesem Jahr im Rahmen des Projekts „jungbewegt“ pilothaft in der Sozialregion Nord beginnen, und die Netzwerkarbeit zwischen Schulen, Kindergärten und Akteuren der Sozialarbeit entwickeln und verstärken.
3. Erhebliche Mittel setzt das Jugendamt für außerschulische Jugendbildung im Rahmen des Paragraphen 11 des SGB VIII ein, die in den Kinder- und Jugendhäusern geleistet wird. Mit der Arbeit dort wollen wir noch mehr Kinder und Jugendliche erreichen. Sie ist ein leicht anzunehmendes Angebot, das auch noch Spaß macht. In den Kinder- und Jugendhäusern fördern wir soziale, kulturelle und andere Kompetenzen, Urteilsvermögen, Verantwortungsgefühl. Es geht aber auch um Wissenszugang.
4. An den Schulen selbst sind Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter tätig. 20 finanziert zurzeit das Land, 10 das Jugendamt der Landeshauptstadt Magdeburg. Mit der Schulsozialarbeit wird auf sehr vielschichtige Problemlagen an den Schulen und in Elternhäusern reagiert. Arbeitsschwerpunkte sind
 - das Fördern von Berufs- und Lebenswegplanung
 - Demokratie lernen und leben
 - Gewaltprävention
 - Krisenintervention
 - außerunterrichtliche Bildungsarbeit
 - Arbeit mit Eltern

5. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist außerordentlich durch das Versagen der Schule und von Schülern belastet. Wir finanzieren zusätzliche Hilfen, um lebenslange Abhängigkeit erwerbsfähiger Jugendlicher von Sozialleistungen möglichst zu vermeiden. Was wir tun können, wird getan – nur es ist angesichts der Zahlen ein Tropfen auf den berüchtigten heißen Stein.

- Die Stadt und zahlreiche Freie Träger halten ein System von Jugendwerkstätten mit insgesamt etwa 100 Plätzen vor. Zielgruppe sind Jugendliche, die sich öffentlichen Bildungsinstitutionen entziehen.
- Die Jobcenter ARGE GmbH ist intensiv damit befasst, den Auftrag gemäß SGB II, § 3, (2) zu erfüllen. Dieser Paragraph beinhaltet de facto einen Rechtsanspruch der unter 25-Jährigen auf eine Ausbildung, eine Arbeit oder eine Beschäftigungsmaßnahme. Tausende Jugendliche, die seit 2005 in Magdeburg die Schule verlassen haben, sind nicht in der Lage oder motiviert, ihren Rechtsanspruch wahrzunehmen. Wir haben darauf jetzt auf neue Weise reagiert und uns unter Einbeziehung aller Möglichkeiten des SGB II, SGB III und SGB VIII das Ziel gestellt, die Jugendarbeitslosigkeit in Magdeburg zu überwinden. Die Partner der Landeshauptstadt Magdeburg sind die Agentur für Arbeit, die Jobcenter ARGE GmbH und die Sozialverbände und andere Träger. Im Februar 2010 waren 1837 Jugendliche als arbeitslos registriert. Das liegt leicht unter dem Durchschnitt der vergangenen zwei Jahre.

Wer sich diese Zahl arbeitsloser Jugendlicher vor Augen führt, kommt zwangsläufig zu höheren Forderungen an das Schulsystem des Landes. Dessen Leistungen sind aus meiner Sicht nicht akzeptabel.

Im Bereich der Arbeitsagentur Magdeburg haben das Schuljahr 2008/2009 insgesamt 4282 Mädchen und Jungen die Schule beendet. 507 haben einen Hauptschulabschluss und 436 keinen Schulabschluss erreicht.

Das Schuljahr 2007/08 beendeten 5694 Schülerinnen und Schüler. Mit einem Hauptschulabschluss 713 und ohne Abschluss 583.

Mehr als 22 Prozent der Jugendlichen dieser Jahrgänge haben einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss. Wenn das so bleibt, dann kämpfen wir gegen Windmühlenflügel. Der Sozialhaushalt der Stadt macht bereits heute mehr als ein Drittel des Gesamthaushaltes aus. Das ist nicht beliebig steigerbar, denn die Gesamtverschuldung liegt bereits trotz erheblicher Konsolidierungsanstrengungen bei 200 Millionen Euro.

Wenn das erklärte Ziel Chancengleichheit für die Kinder und Jugendlichen unabhängig von dem sozialen Status der Eltern ist, dann sind wir davon ziemlich weit entfernt. Ich möchte es Ihnen überlassen, die folgenden Daten zu bewerten. Sie machen deutlich, was die Schule heute und künftig leisten muss.

1.	Soziale Lage	Die folgenden Übersichten zeigen die soziale Differenzierung und Folgen, die daraus erwachsen.
2.	Neugeborene in den vergangenen 5 Jahren	Wir haben uns darauf einzustellen, dass deutlich mehr als die Hälfte der Neugeborenen und damit der Heranwachsenden in Familien leben, die bedürftig sind. Hier müssen wir erhebliche finanzielle Mittel aufwenden, um jungen Müttern und Vätern zu helfen, ihrer Verantwortung nachzukommen. Jugendamt und Freie Träger kümmern sich intensiv. Für Hilfen zur Erziehung sind hier wichtige Maßnahmen. Von den insgesamt 800 Hilfen im Jahr 2009 entfielen 230 auf sozialpädagogische Familienhilfen (1,44 Millionen Euro)
3.	Kinder haben einen Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung.	Diesen Rechtsanspruch nehmen in Magdeburg über die Hälfte der Kinder wahr. Sie werden in 126 Einrichtungen hervorragend betreut und genießen eine sehr gute frühkindlichen Bildung.
4.	Nicht alle Kinder sind gleich - Halbtagsplätze	Ein Drittel der Kinder hatten in den letzten Jahren lediglich eine Halbtagsbetreuung, weil ihre Mütter

		und / oder Väter kein Vollzeitarbeitsverhältnis nachweisen konnten.
5.	Schulabschlüsse	Ein, aus meiner Sicht, viel zu hoher Anteil verlässt in Magdeburg die Schule ohne Abschluss oder mit einem Hauptschulabschluss. Sie sind praktisch chancenlos, wenn es um eine berufliche Perspektive geht.
6.	Jugendliche Arbeitslose	Hier ist die Zahl der Jugendlichen Magdeburgs zu sehen, die es eigentlich nicht geben dürfte. Ihren Rechtsanspruch auf eine Arbeitsstelle, einen Ausbildungsplatz oder eine Beschäftigung konnten oder wollten sie nicht wahrnehmen. Hier droht lebenslange Abhängigkeit von Sozialleistungen.

„Wir lernen für das Leben“, wurde uns beigebracht, als wir zur Schule gingen. Das sollte auch heute gelten, nämlich für ein selbstbestimmtes Leben ohne Not und Bedürftigkeit.

Aus der Sicht einer guten Zukunft für unsere Stadt müssen wir große Anstrengungen unternehmen, um allen Kindern, unabhängig vom Vermögen ihrer Eltern, wenigstens annähernd gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Darüber möchte ich mich mit Ihnen gerne verständigen.

5. Referat zum Thema „Perspektiven der Erwachsenenbildung“

(Prodekan FB Wirtschaft, Hochschule Magdeburg- Stendal)

Ich habe mich sehr gefreut, als die Bitte an mich herangetragen worden ist, anlässlich der heutigen Veranstaltung einige Gedanken zu den Perspektiven der Erwachsenenbildung und deren Zukunft aufzuzeigen.

Meine folgenden Ausführungen beginnen mit einer kurzen Skizze entscheidender Faktoren, die auf die Erwachsenenbildung wirken, im zweiten Teil sollen Konsequenzen für die zukünftige Entwicklung der Erwachsenenbildung aufgezeigt werden und der Vortrag endet mit vier zusammenfassenden Thesen zur Zukunft der Erwachsenenbildung.

1. Einflussfaktoren auf die Erwachsenenbildung

Ein erster Einflussfaktor ist sicherlich der demographische Wandel unserer Gesellschaft, der zu weniger jungen Menschen und einem größeren Anteil älterer Menschen in Deutschland führt – Sie alle kennen sicherlich die Bevölkerungspyramide vom Beginn des 20. Jahrhunderts und die eher urnenförmige Graphik der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung, die für das Jahr 2050 prognostiziert wird. Diese Entwicklung wird in den östlichen Bundesländern durch den Geburteneinbruch im Zuge der Wiedervereinigung und durch Wanderungsbewegungen nach Westen insbesondere von Berufstätigen verschärft. Hier zeigen bereits Gespräche mit Unternehmern, dass Schwierigkeiten auftreten, Lehrstellen adäquat zu besetzen. Eine Weiterqualifizierung vorhandener Beschäftigter kann ein möglicher Ausweg aus dieser Problematik sein.

Ein zweiter wichtiger Einflussfaktor ist die Globalisierung, die durch die Intensivierung der weltweiten Austauschbeziehungen von Gütern, Geld, Informationen und Menschen gekennzeichnet ist. Deutschland hat sicherlich von dieser Entwicklung profitiert – so hat die deutsche Wirtschaft im Jahr 2008 Güter im Wert von 1.465 Mrd. US-Dollar. Gleichzeitig helfen diese umfangreichen Ausfuhren natürlich auch bei der Finanzierung der Importe, die mit einem Wert von 1.206 Mrd. US-Dollar sehr hoch waren und statistisch Deutschland nach den USA an zweiter Stelle in der Welt zeigen.

Diese Importe sind auch Ausdruck der Rohstoffarmut unseres Landes. Der zentrale

"Rohstoff", der unseren wirtschaftlichen Wohlstand absichert, sind die gut ausgebildeten Mitarbeiter in den Betrieben. Auch an dieser Stelle wird deutlich, dass Weiterbildung eine Schlüsselrolle spielt, um den Ausbildungsstand zu halten und zu erhöhen.

Globalisierung heißt auch, dass unsere Betriebe in einem weltweiten Wettbewerb stehen, der durch immer kürzere Innovationszyklen geprägt ist.(1)

Dies bedeutet, dass sich der wissenschaftliche und technologische Fortschritt beschleunigt hat und damit einmal erreichte Qualifikationen dem neuesten technologischen Stand angepasst werden müssen (2) - eine Weiterbildungsnotwendigkeit sich hier also zwingend ergibt.

Eine Folge der engeren internationalen Zusammenarbeit ist auch die Vereinheitlichung der Studienabschlüsse in Europa durch den Bologna-Prozeß, der für Deutschland die Umstellung auf Bachelor- und darauf aufbauende Masterabschlüsse mit sich gebracht hat. Hier entsteht ein zusätzlicher Bedarf an akademischer Weiterbildung für diejenigen Bachelor-Absolventen, die nach dem Berufseinstieg parallel einen Masterabschluss erwerben möchten und insofern Studienangebote nachfragen, die Berufstätigkeit und Studium vereinbar gestalten.(3)

Ein dritter Einflussfaktor ist die gegenwärtige weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die in Deutschland durch das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium der Bundesregierung eine Vielzahl von Kurzarbeitern mit sich bringt, aber auch zu Firmenzusammenbrüchen und Arbeitslosigkeit führt. Auch für diese Betroffenen ist Weiterbildung in Phasen der Kurzarbeit eine Möglichkeit, das persönliche Kompetenzprofil zu schärfen und gleichzeitig das Unternehmen zu stärken. Für Arbeitssuchende kann Weiterbildung ein Weg sein, sich selbst neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. So sei an dieser Stelle Bundesforschungs- und -bildungsministerin Anette Schavan zitiert, die im Oktober 2009 die Pläne aus den damals laufenden Koalitionsverhandlungen, zukünftig 10% des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Bildung auszugeben, als eine „entscheidende Grundlage für diese Zeit nach der Krise bezeichnet“. (4)

Ein vierter Einflussfaktor soll an dieser Stelle mit dem Begriff der Modernisierung bezeichnet werden, gemeint ist der gesellschaftliche Wandel von der Industrie- zur sog. Informations- bzw. Wissensgesellschaft. Dies bedeutet u.a., dass Wissen zu einer strategischen Ressource in Produkten und Dienstleistungen wird und dass die effektive Nutzung von Wissen ein entscheidender Wettbewerbsfaktor ist. (5)

Eine Begleiterscheinung dieser Entwicklung ist die Beschleunigung des Wachstums des Wissens – so präsentierte die letzte Frankfurter Buchmesse ca. 13.000 Neuerscheinungen (6) und Schätzungen gehen davon aus, dass sich das Wissen der Welt etwa alle fünf bis zwölf Jahre verdoppelt. (7)

Weiterhin sorgen die jungen Informationstechnologien Mobiltelefonie und Internet für Möglichkeiten der Informationsverbreitung, die es vor zwanzig Jahren noch nicht gab. Eine Konsequenz aus dem Wachstum des Wissens sei erweiternd noch genannt: Es ist die schnelle Veralterung des Wissens und damit auch der Abschied von der Vorstellung, eine nach der Schule erworbene Berufsausbildung oder ein Studium könnten über Jahrzehnte der Berufstätigkeit ohne Weiterbildung ausreichend sein. (8)

Meine Damen und Herren, nach den Einflussfaktoren a) demografischer Wandel, b) Globalisierung mit den Aspekten Wohlstand durch Export, gut ausgebildetes Personal als strategischer Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb, kürzeren Innovationszyklen und Bologna-Prozeß, c) weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie d) dem gesellschaftlichen Wandel zur Wissensgesellschaft stellt sich die Frage, was dies für die Zukunft der Erwachsenenbildung bedeutet?

2. Thesen zur notwendigen Zukunftsentwicklung der Erwachsenenbildung

Lassen Sie mich Ihnen einige Eckdaten zur gegenwärtigen Situation in der Bildung und Weiterbildung geben: Laut OECD-Bildungsbericht 2008 liegt Deutschland bei öffentlichen und privaten Bildungsausgaben mit 5.1% des BIP an 16. Stelle und unterhalb des Durchschnitts aller OECD-Länder.(9)

Die Schulabbrecherquote in Deutschland beträgt im Bundesdurchschnitt 8% (10), das waren im Jahr 2007 ca. 80.000 Jugendliche (11), in Sachsen-Anhalt wird leider ein Spitzenwert von 12% gemessen (12), wobei die Kultusministerkonferenz im Frühjahr des Jahres 2008 eine differenziertere Zählung beschlossen hat, so dass die Absolventen von Förderschulen (Sonderschulen) nicht mehr mitgezählt werden, was den Bundesdurchschnitt auf 4% halbieren würde. (13)

Die Zahl der funktionellen Analphabeten wird in Deutschland auf ca. 4 Mio. Personen geschätzt, also ca. 5% der Bevölkerung können trotz Schulbesuchs maximal wie Erst- oder Zweitklässler lesen und schreiben. (14)

In Ergänzung sei an dieser Stelle angefügt, dass diese Fakten gerade nicht als Kritik am Schulsystem und den dort tätigen Lehrenden missverstanden werden sollen, sie zeigen vielmehr den Bedarf an Weiterbildung auf.

Nach Aussagen der OECD von 2005 nehmen 14% der Berufstätigen in Deutschland an Weiterbildungsmaßnahmen teil, dies bedeutet Rang 10 im internationalen Vergleich, wobei z.B. im erstplazierten Dänemark 46% der Berufstätigen Weiterbildung betreiben. (15)

Meine Damen und Herren, der große deutsche Soziologe Helmut Schelsky sagte schon 1965: „Schule ist eine Institution, die Lebenschancen verteilt.“ (16)

Wenn wir die obigen Eckdaten hinsichtlich Schulabbruch und Analphabetenrate betrachten, kann mit dem Ende der Schullaufbahn die Lebensphase der Bildung nicht abgeschlossen sein. Eine erste Konsequenz dieser Bestandsaufnahme ist also: Lebenslanges weiterbildendes Lernen und dies heißt für den Bereich der Hochschule – hier stütze ich mich auf Überlegungen meines Vorgängers und geschätzten Kollegen Prof. Dr. Hansheinz Kreutzer (17) – eine Hochschule für lebenslanges Lernen. Diese zieht explizit sehr früh Kinder und Jugendliche ein – an dieser Stelle sei auf den großen Erfolg der Kinderuniversität in Magdeburg, aber auch in Stendal und anderen Hochschulstädten verwiesen -, zielt auch auf Erwachsene nach dem Erreichen des Ruhestandes (Beispiele sind Programme an Hochschulen mit Titeln wie „Studieren ab 50“ oder „Seniorenstudium“), ermöglicht aber auch den regulären Erststudierenden nach ihrer Schullaufbahn im Studium die der freiwillige Teilnehmer an Veranstaltungen jenseits des Fachcurriculums, ein Angebot, welches bei uns an der Hochschule „Studium Generale“ heißt.

Eine zweite Zukunftsperspektive ist die Nutzung medialer Entwicklungen – also multimediales Lernen, die Nutzung von Datenbanken, Lernplattformen etc. – sowie angepasste Lehrmethoden und Vermittlungswege für ein berufsbegleitendes Fernstudium, welches auch an das in diesem Fall häufig höhere Alter der Lernenden angepasst werden muss – auch für die Teilnehmer, die ihren Ruhestand mit einem Studium bereichern. (18)

Hierbei bleibt anzumerken, dass meines Erachtens ein rein medial vermitteltes Lernen nicht der Königsweg sein kann, da die persönliche Interaktion zwischen Lehrendem und Lernendem nicht vollständig ersetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, die oben genannten Eckdaten zur Bildung und Weiterbildung machen deutlich, was der damalige Volkshochschulpräsident Dieter Rossmann 2007 so formulierte: "Es entsteht eine riesige Bugwelle an Menschen mit Grundbildungsbedarf". (19) Wir benötigen also komplementäre Angebote, die sich gegenseitig ergänzen und aufeinander aufbauen sowie eine Vernetzung von Bildungsinstitutionen und Lernkontexten. Es muss eine bildungsbereichsübergreifende Vernetzung und Kooperation aufgebaut werden, die Kindergarten, Schule, Hochschule, duale Berufsausbildung, Volkshochschule und vergleichbare Institutionen, Museum, Theater, Agentur für Arbeit, Stadt, Landeszentrale für politische Bildung, private Bildungsträger sowie Qualitätsmedien, wie z.B. seriöse Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehangebote umfasst. Statt der gegenwärtigen isolierten Tätigkeit dieser genannten Institutionen, erhöht eine Kooperation die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems und eröffnet neue Wege in einem späteren Lebensalter, jenseits der klassischen Schullaufbahn in Kindheit und Jugend. Damit ergibt sich auch die Möglichkeit, gerade für die bildungsfernen Schichten mit niedrighwelligen Angeboten zu starten, die aber dann Baustein für Baustein aufeinander aufbauen können.

Als vierte Zukunftsperspektive sei darauf verwiesen, dass wir alle uns der Aufgabe stellen müssen, Werbung für Bildung und Lernen zu machen, Lust darauf zu wecken und zu motivieren, das Wissen jedes Einzelnen zu erweitern.

Mein Eindruck ist weiterhin, dass vielen, insbesondere jungen Menschen in den Schulen der Zusammenhang zwischen Bildung und wirtschaftlichem Erfolg nicht klar ist. Hierzu stellt der OECD-Bildungs-Bericht vom September 2005 fest: "Der Einkommensvorteil durch ein Studium liegt in Deutschland bei dreißig bis dreiundfünfzig Prozent." (20) An dieser Stelle wird auch deutlich, dass Bildung und Weiterbildung Schlüsselinstrumente darstellen zum Abbau von Armut und sozialer Ungleichheit.

Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass natürlich nicht jeder Mensch ein Hochschulstudium absolvieren muss, aber jeder Mensch sollte seine individuellen intellektuellen Möglichkeiten ausschöpfen – und damit meine ich maximal

ausschöpfen, da Bildung über den wirtschaftlichen Erfolg hinaus, die individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen stärkt und darüber hinaus die gesellschaftliche Teilhabe und gesellschaftliche Verantwortung des Einzelnen fördert.

3. Zusammenfassung und Ausblick

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen:

1. Lebenslanges Lernen wird zur Zukunftsperspektive, um beschleunigten Wandel, Globalisierung, höhere Komplexität des Lebens, kürzere Innovationszyklen und die Vermehrung des Wissens zu bewältigen und als Chance nutzbringend umzusetzen. Lebenslanges Lernen beginnt begleitend zur klassischen Schul- und Ausbildungslaufbahn im Kindesalter, und setzt sich als Erwachsenenbildung in der Berufs- und danach auch in der Ruhestandsphase fort.
2. Die Nutzung medialer Entwicklungen sowie angepasster Lehrmethoden und Vermittlungswege in der Erwachsenenbildung stellen eine Chance dar, die es zu realisieren gilt – neue Medien können aber die persönliche Interaktion im Lernkontext nicht vollständig ersetzen.
3. Komplementäre Angebote und eine Vernetzung der Bildungsinstitutionen und Lernkontexte stellen eine zentrale Zukunftsaufgabe dar. Gerade in Bezug auf die wichtige Zielgruppe der bildungsfernen Schichten, deren Ansprache und Überzeugung besonders lohnend, aber auch besonders schwierig erscheint, kommen neuen vernetzten Initiativen und Angeboten eine Schlüsselrolle zu, um mit niedrighwelligen und räumlich nahen Angeboten für die Zielgruppe konkreten Nutzen stiften und Erfolgserlebnisse vermitteln kann.
4. Gegenwärtig und in der Zukunft wird es eine Daueraufgabe, Werbung für Bildung und Lernen zu machen, Lust und Motivation auf Wissenserwerb zu vermitteln und den Nutzen von Bildungsanstrengungen zu verdeutlichen. Wenn dies gelingt, dann werden die Bildungsangebote – von der Volkshochschule bis zur Hochschule – angenommen und die positiven Wirkungen erzielt, die mit Bildung und lebenslangem Lernen verknüpft sind.

Meine Damen und Herren, es ist hoffentlich deutlich geworden, dass die Zukunftsaufgaben in der Bildung und Weiterbildung eher zu- als abnehmen werden.

Lassen Sie uns deshalb diese Veranstaltung nutzen, um neue Impulse und Initiativen für die Erwachsenenbildung in der Stadt Magdeburg zu erarbeiten mit dem Ziel, diese in einem zweiten Schritt auf andere Städte zu übertragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

- 1) Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.) (2008): HRK-Positionspapier zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bonn, S. 7.
- 2) Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.) (2008): HRK-Positionspapier zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bonn, S. 7.
- 3) o.V. (17.10.2009): Schavan: "Bologna-Reformen auf gutem Weg", in: [www.firmenpresse.de/ presseinfor 127822.html](http://www.firmenpresse.de/presseinfor127822.html); abgerufen am 23.10.09.
- 4) o.V. (22.10.2009): Bundesregierung stellt mehr Geld für Bildung bereit, in: http://www.mainfranken24.de/index.php?id=12&no_cache=1&tx_gfmddpNews_pi1%5Bsingle%5D=108854;abgerufen am 24.10.09
- 5) o.V. (o.J.): Wissensgesellschaft, in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Wissensgesellschaft>; abgerufen am: 22.10.09
- 6) Vgl. o.V. (2009): Wirtschaftsbücher auf der Buchmesse, in: <http://www.swr.de/swr1/rp/tipps/freizeit/-/id=446840/nid=446840/did=5487354/mpdid=5490342/1klt25u/index.html>; abgerufen am 24.10.09
- 7) o.V. (o.J.) : Informationsexplosion, in: <http://de.wikipedia.org/wiki/Informationsexplosion>; abgerufen am 22.10.09
- 8) Vgl. Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.) (2008): HRK – Positionspapier zur wissenschaftlichen Weiterbildung, Bonn S. 7
- 9) OECD-Durchschnitt: 5.8%; Platz 1: Island mit 8%; dpa Picture Alliance GmbH (Hrsg.) (o.J.): Grafik 2430.
- 10) o.V. (06.03.2009): Weniger Schulabbrecher, in: www.sueddeutsche.de/jobkarriere/26/460658/text/; abgerufen am 23.10.09.
- 11) o.V. (08.09.2007): Millionen können nicht lesen, in: www.focus.de/schule/schule/deutschland_aid_132135.html; abgerufen am 23.10.09.
- 12) o.V. (12.03.2009): Sachsen-Anhalt und die Schulabbrecher, in: www.mdr.de/artour/6196547.html; abgerufen am 23.10.09.
- 13) o.V. (06.03.2009): Weniger Schulabbrecher, in: www.sueddeutsche.de/jobkarriere/26/460658/text/; abgerufen am 23.10.09.
- 14) o.V. (08.09.2007): Millionen können nicht lesen, in: www.focus.de/schule/schule/deutschland_aid_132135.html; abgerufen am 23.10.09.
- 15) dpa Picture Alliance GmbH (Hrsg.) (o.J.): Grafik 0179.
- 16) Schelsky, H. (1965): Auf der Suche nach der Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 137 ff
- 17) Kreuter, H. (2009): Hochschule für lebenslanges Lernen. Ein Beitrag zur Organisationsentwicklung der Hochschule Magdeburg- Stendal (FH), Magdeburg
- 18) Kreuter, H. (2009): Hochschule für lebenslanges Lernen. Ein Beitrag zur Organisationsentwicklung der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Magdeburg, S. 5.
- 19) o.V. (08.09.2007): Millionen können nicht lesen, in: www.focus.de/schule/schule/deutschland_aid_132135.html; abgerufen am 23.10.09.
- 20) o.V. (2005): Blindflug, in FAZ v. 14.09.05 S. 37.

6. Zusammenfassung Workshop 1

„Erwachsenenbildung und Netzwerkentwicklung“

Volkshochschule:

Demografischer Wandel = Engagement und Bildungsinteresse der großen Gruppe von Personen nach dem Berufsleben einbinden;

Wichtig: Übergänge in den Bildungsbiografien müssen besser organisiert werden (z.B. Schule – Ausbildung, Beruf-Ruhestand).

Bildungszentrum Handwerkskammer:

Rasante Veränderung seit ca. 10 Jahren im BZ, von Ausbildung der Lehrlinge zu Qualifizierung der Erwachsenen (Anteil z.Z. ca.60 %);

Zunahme des Bedarfs an WB-Beratung, Bildungsangebote werden zunehmend an konkreten Bedarfen der Unternehmen entwickelt, auch unter Berücksichtigung von Vereinbarkeit von Beruf und Familie;

Wichtiger Aspekt: bei Diskussion über EB-Qualifizierung immer den Schüler im Blick haben und „abholen“.

Schule des 2. Bildungsweges:

Schüler wollen zum Großteil im Land bleiben;

Hinweis auf enorme Belastung für Schüler nach Vollzeittätigkeit Abendschule zu absolvieren (Problem: derzeitiger Standort);

Bildung und Erziehung funktioniert vor allem durch das Vorleben;

Gegenseitiger Respekt Lehrer – Schüler lässt oft zu wünschen übrig, Beruf des Lehrers muss höher geschätzt werden – Lehrer sind nicht für alle Schwierigkeiten der Schüler zuständig;

Elternhaus ist wesentlich in der Pflicht.

Landesverband VHS:

Reparaturbetrieb Erwachsenenbildung;

Bildung ist auch kommunale Aufgaben;

EB braucht gesicherte finanzielle Strukturen für Absicherung der Themen wie Alphabetisierung und Nachholen von Schulabschlüssen.

Kultusministerium:

Unterschiedliche Zuständigkeiten in verschiedenen Ministerien erschweren u.U. die Umsetzung von Themenschwerpunkten;

Schule ist Teil des Lebenslangen Lernen, darf nicht zur Pflicht werden, sondern sollte Kür bleiben;

Versteht Schlagwort LL als politisches Programm, das an der Praxis vorbeigeht;

Die Anerkennung des Lehrerberufes ist enorm wichtig und muss verbessert werden;

Deutliche Trennung von Nachbildung („Reparatur“) und Weiterbildung;

Was an finanziellen Mitteln für die Nachbildung aufgewendet werden muss, fehlt an Mitteln für die Grundbildung, d.h. Stärkung der Grundbildung auch durch Stärkung der Lehrer (mehr Stellen und Stunden) bedeutet weniger Bedarf für Nachbildung und damit mehr Mittel für echte Weiterbildung.

BG IV:

Lebenslanges Lernen – Lebenswelt hat sich verändert, Flexibilität auch bei Berufstätigkeit ist Voraussetzung;

Institutionalisierte Vernetzung der WB-Institutionen mit Universitäten und Hochschulen ist in S.-A. ebenso notwendig wie in anderen BL, heißt aber auch finanzielle Unterstützung durch Landesregierung;

Nachbesserung notwendig bei fehlendem Wissen über Vielfalt der modernen Berufsbilder;

Moderne immer mobiler werdende Gesellschaft braucht veränderte Strukturen f. L L;

Problem: gesell. Akzeptanz des Berufsbildes des Lehrers und der Lehre muss verbessert werden.

Stadtschülerrat:

Probleme müssen in Schule angegangen werden, erst dann EB mit „Reparaturmöglichkeiten“; Vereinheitlichung des Bildungssystems länderübergreifend macht Lernen effektiver und einfacher;

Mobilität bedeutet auch Verkomplizierung des Erkennens der Möglichkeiten.

LVwA:

Bildung macht reich – gute Öffentlichkeitsarbeit ist ganz wichtig;

Auftritt der Mitarbeiter, Zustand der Gebäude, Kampagnen, die Aufmerksamkeit erregen (Bsp. Stadtbibo Halle „Schock deine Eltern – lies ein Buch“).

ISW-Institut Halle:

L L nicht nur vordergründig institutionalisiert betrachten, Lernen auch zum Lerner hintragen über individuelle Motivation und Begleitung = Projekte zum selbstgesteuerten Lernen, die Langzeitarbeitslose auf konkrete Bedarfe der Unternehmen vorbereiten (Bsp. Gera).

HS Magdeburg- Stendal:

Bewusstsein für Notwendigkeit des Lernens auch nach der Schule muss weiter entwickelt werden, weil Gesellschaft ständige Qualifikation fordert.

Zentrum für WB der HS:

Bestimmte Zielgruppen wurden jahrelang nicht als zu bildende Gruppen betrachtet und werden erst seit einigen Jahren neu gefasst unter LL;

Handlungen von WB-Trägern sind im Wesentlichen Reaktionen auf geforderte Bedarfe, aber wichtiger wäre Entwicklung von Konzepten im Sinne von Aktion/ Bildungsoffensive;

Zentrum entwickelt gerade Marketingstrategien für WB (z.B. „WB macht an“) – Einladung zur Teilnahme an Aktion;

Integration aller „benachteiligten“ Gruppen, neben bildungsferne Schichten auch behinderte Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Familienverband:

Bedeutung der Schulsozialarbeit stärken;

Negative Schulerfahrungen prägen auch für weiteres Lernen;

Erfolge schaffen auch durch Nutzung der anderen Ressourcen – Familienbildung wichtig.

FB 40:

30 % Sekundarschüler und 55% Abiturienten, aber 73% schließen eine berufliche Ausbildung ab;

Werden Grundschüler gleichberechtigt auf Sekundarschule und Gymnasium vorbereitet?

Zusammenfassende Thesen:

- **Bildungspolitische Zielvorstellungen der Stadt Magdeburg und der Bildungsakteure in der Stadt fokussieren und zusammenführen und Wille zu gemeinsamer Verantwortung und gemeinsamen Handeln formulieren.**
- **Vernetzung der verschiedenen Träger ist wichtig. Netzwerkarbeit soll als Ergebnis der Arbeitsgruppe fortgesetzt werden.**
- **Die Bildungsberatung muss verbessert werden, z.B. durch Einrichtung von Bildungsberatungspunkten (s. „Lernende Regionen“, Chemnitzer Kulturkaufhaus).**
- **Öffentlichkeitsarbeit – gemeinsame Aktivitäten initiieren.**
- **Die gesellschaftliche Anerkennung des Lehrerberufes muss verbessert werden.**
- **Projekte sollten nachhaltiger sein und bei Erfolg zu regelmäßigen Angeboten führen. Modellprojekte sollten nach der Evaluation wirklich zu praxistauglichen Angeboten führen und müssen transparent und umsetzbar sein.**
- **Bildung Macht Kommune.**

7. Zusammenfassung Workshop 2

„Bildungsbiografie/ Soziale Kompetenzen“

Der Input für diesen Workshop wurde über zwei Beispiele vorgenommen, die die Realität in der Jugendhilfe spiegeln:

Beispiel 1 Bildungsbiografie: Patrick D., 14 Jahre

- 2008 Sekundarschule Oskar Linke – Schulbummelei: Schulstrafen
- 2009 Sekundarschule Leibnitz – Schulbummelei: Schulstrafen
- 08/2009 Goetheschule Reintegrationsklasse: Verstoß gegen Hausordnung → Suspendierung, weil Sicherheitsrisiko
- 02/2010 Leibnizschule → ohne Perspektive, ohne Benotung, ohne Chance
- 03/2010 Antrag auf Hilfe zur Erziehung durch die alleinerziehende Mutter → welche Hilfe??!

Beispiel 2: Justin – Störung des Schulfriedens

- eine Elternvertretung verlangt vom Jugendamt die sofortige Einleitung einer Maßnahme ‚Hilfe zur Erziehung‘ für einen Schüler der 3. Klasse
- die Elternvertretung will es nicht mehr dulden, dass die Klassenlehrerin und die Klassenkameraden eine unhaltbare Situation ertragen, die durch Justin F. verursacht wird
- Justin stört den Unterricht, wandert durch den Klassenraum, belästigt andere Kinder, tritt in den Pausen aggressiv auf
- dem Jugendamt wird vorgeworfen, diese Situation offensichtlich zu dulden
- ➔ **Welche Rolle soll das Jugendamt/die Schule spielen??**

Neben den beiden Beispielen für gescheiterte bzw. zu scheiternde drohende Biografien junger Menschen wurde zwei Thesen mit Vorschlägen für eine schwerpunkthafte Diskussion in den Raum gestellt, an denen sich die Teilnehmer „reiben“ konnten.

These 2: Neben den individuellen Auswirkungen kommt das Scheitern eines jungen Menschen in seiner Bildungsbiografie die Gesellschaft teuer zu stehen, weil sich der Mechanismus des Scheiterns häufig fortsetzt.

Diskussion: Welches sind die signifikanten Faktoren, die für ein solches Scheitern verantwortlich sind, welche Rolle spielen die verschiedenen Akteure (Schule, Jugendhilfe, Elternhaus,...), um das ggf. zu verhindern. Welche in Magdeburg umsetzbaren Handlungsansätze gibt es?

These 3: Die fehlende Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe verhindern zielgerichtetes Handeln im Einzelfall.

Diskussion: Auf welcher Basis kooperieren Jugendamt und Schule? Reicht eine gesetzliche Grundlage aus? Welche Kooperationsbeziehungen bestehen in der Realität? Gibt es Handlungsalgorithmen und werden sie in der Praxis angewandt?

Die nachfolgende Diskussion hat sich dabei frei entwickelt, so dass nicht alle in den Raum gestellten Fragen beantwortet wurden. Folgende Aspekte nahmen einen Schwerpunkt in der Diskussion ein:

- die Ohnmacht der Schule bei Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten wird deutlich; diese Ohnmacht wird seitens der Schule im eigenen System konstatiert aber auch in den kooperierenden Netzwerken; häufig handelt es sich um eine Ohnmacht bezüglich der komplexen Einzelfälle;
- die geschilderten Fälle sind keine Einzelfälle; die Schule ist mit einer Vielzahl von Schülern mit komplexen Problemlagen konfrontiert;
- besonders die Problemlagen der Jugendlichen im BVJ verschärfen sich;
- es kann eine Verbindung zwischen Schulbummelei und Straftaten konstatiert werden;
- die in der Biografie eines Kindes kritischen Übergänge Kita – Grundschule und Grundschule – Sekundarschule werden nicht oder nicht ausreichend begleitet;
- die Tatsache, dass Daten und Infos aus „Schulakten“ nicht weitergegeben werden dürfen, ist hinderlich;
- es wurde ein Votum für SSA an Grundschulen abgegeben nach dem Motto „wehret den Anfängen“;
- der Angebots- und Maßnahmenkatalog des Jugendamtes wird als hilfreiches Instrument für die Begleitung der Lebenswegplanung von Jugendlichen wahrgenommen; er soll aktualisiert und den Schulen zur Verfügung gestellt werden;

- „regionale Konferenzen“ mit SSA, Schulleitern, Lehrern, Elternvertretern, SZ-Mitarbeiter/-innen, sind eine notwendige Methode, um Kooperation zu pflegen und die Partner in den Netzwerken kennen zu lernen; auf diese Weise werden keine Ressourcen verschenkt;
- anonymisierte Fallberatungen bei besonders schwierigen Schüler sollten ermöglicht werden;
- die Schulen wünschen sich eine Telefonliste der Mitarbeiter/-innen im Sozialzentrum
- früh einsetzende Hilfen für Familien, die zeitlich zwischen Geburt und Einschulung anzusetzen sind, werden als sinnvoll und notwendig eingeschätzt; dazu kann das Netzwerk frühe Hilfen und die Begrüßung Neugeborener gehören;
- es wird eingeschätzt, dass bei manchen Familien Zwang erforderlich ist, um Hilfen anzunehmen;
- als erfolgreiches Instrument werden „Eltern helfen Eltern“ –Projekte wie Elterncafe oder –frühstück eingeschätzt; dadurch lernen sich Eltern, Lehrer und Sozialarbeiter unverbindlich kennen, Eltern können sich über Selbsthilfepotentiale, die sie haben, austauschen etc.;
- es sollten Anreize für Pädagoge/-innen geschaffen werden, außerhalb des Unterrichts in der Freizeit mit Kindern und Jugendlichen tätig zu werden, dabei muss die Übernahme von Materialkosten im Bereich Werkstätten/Sport gewährleistet werden;
- an vielen Schulen läuft nach Einschätzung von Lehrer/-innen und Schulleiter/-innen die Kooperation mit Sportvereinen gut;
- oft sind die Kinder weniger problematisch als die Eltern;
- es wird ein Mangel an Schulpsycholog/-innen konstatiert; gleichzeitig wird die Forderung nach Psycholog/-innen in Kindergärten aufgemacht;
- die Ressource der Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhäusern und der Schule (gegenseitiges Kennen lernen) ist noch nicht ausgeschöpft;
- flexible Stundenkontingente für Lehrer werden gefordert; die Anzahl der sog. Anrechnungsstunden muss dringend erhöht werden;
- das Spannungsfeld von Erziehungsrechten und Erziehungspflichten wurde beleuchtet → was, wenn Eltern nicht wollen;
- im Arbeitsfeld Kooperation Jugendhilfe – Schule gibt es eine gesetzliche Grundlage und Handreichung für Lehrkräfte; beides reicht ggf. nicht aus → Forderung nach schulinterner Fortbildung;
- die Methode ‚Stadtteilkonferenzen‘ sollte mehr genutzt werden, um Kräfte zu bündeln

- dem Thema Biografie/Bildung muss sich aus den Perspektiven von Schülern, Eltern und Lehrern genähert werden;
- Kooperation hat unter bestimmten und bekannten Regeln zu erfolgen.

1. Für die Schule

- Lehrer geben Unterstützung bei der Initiierung von Projekten unter dem Titel „Eltern helfen Eltern“
- die Schule initiiert bei Bedarf anonymisierte Fallberatungen.

2. Für die Jugendhilfe

- es sind konkrete Maßnahmen zur Sicherung der Informationen und Kooperation zu ergreifen; dazu wird den Lehrern der Angebots- und Maßnahmenkatalog aktualisiert zur Verfügung gestellt. (Er liegt digital aktualisiert vor: http://www.magdeburg.de/media/custom/698_1590_1.PDF)
- zur Stärkung bestehender Netzwerke und Kooperationsbeziehungen sowie zwecks Analyse und Entwicklung von Lösungsvorschlägen werden Stadtteilkonferenzen bzw. Regionalkonferenzen durchgeführt
- das Jugendamt stellt die Telefonlisten der Mitarbeiter/-innen in den Sozialzentren zur Verfügung.
-

3. Für Schule und/oder Jugendhilfe

- im Bedarfsfall rufen Schule oder Jugendhilfe zu Konferenzen oder anonymen Fallberatungen ein.

4. Forderungen an das Land

- Verhinderung des Auslaufs und Sicherung des Bestands, Erweiterung und Ausbau der Schulsozialarbeit – dabei auch Schulsozialarbeit an Grundschulen berücksichtigen
- Erhöhung der Anrechnungsstunden für Lehrer → flexible Stundenkontingente
- Erhöhung der Anzahl von Schulpsychologen
- Entwicklung von Maßnahmen, die die „kritischen“ Übergänge Kita – Grundschule und Grundschule – Sekundarschule besser begleiten. die bestehende Verordnung ist nicht ausreichen und nicht konkret genug.

8. Zusammenfassung Workshop 3

„Ausbildungs- u. Arbeitsmarkt/ Berufsorientierung“

Einleitend nahm der BG III Bezug auf sein Einführungsreferat.

Insgesamt geht es darum, spezifische Handlungsmöglichkeiten der Akteure auf kommunaler und regionaler Ebene auszumachen und in einer Art „konzertierter Aktion“ Maßnahmen und Programme zu bündeln und dabei im Einzelnen effektiver zu gestalten. Im Mittelpunkt steht dabei die Verbesserung von Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit.

Der Workshop ging nunmehr folgenden Einzelfragen nach:

- a) Wie ist es nach den Erfahrungen der Workshopteilnehmer um Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit bestellt?
- b) Wo, an welcher Stelle, und wie kann angesetzt werden, um Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit zu verbessern?
- c) Welche spezifische Einflussmöglichkeiten und Instrumente der Landeshauptstadt Magdeburg gibt es, gegebenenfalls im regionalen Kontext?

Als Diskussionsgrundlage wurden drei Kurzreferate gehalten:

1. Der Geschäftsführer der ABP-Maschinenbau GmbH schildert aus Sicht seines rund 45 Mitarbeiter umfassenden Unternehmens die Gewinnung von geeigneten Lehrlingen und die Entwicklung der Fachkräfte:

In 2009 konnten von vier Ausbildungsplätzen nur einer besetzt werden, von fünf freien Stellen konnten letztlich nur drei besetzt werden. In einem Fall wurde die Ausbildung zum dritten Mal abgebrochen. Die Ursachen lagen nicht nur in mangelnden schulischen Kenntnissen, sondern auch in unzumutbaren Verhaltensweisen. Obwohl schon längst Abstriche an den qualitativen Anforderungen für die Bewerber gemacht worden sein, genügen die schulischen Kenntnisse und Leistungen nicht einfachsten Anforderungen der Arbeitswelt. Es fehlt an einem abgestimmten Vorgehen von Schule bzw. Berufsschule

und Ausbildungsbetrieb, in einem Falle hat die Berufsschule erst ein halbes Jahr später über grundlegenden Verhaltensmängeln informiert.

2. Die für die Berufsorientierung an der Ganztags-Sekundarschule „Thomas Müntzer“ verantwortliche Lehrerin wandte sich der Frage zu, was die allgemeinbildende Schule überhaupt zur Berufsorientierung leisten könne:

Zu dieser Frage und zum ständigen Erfahrungsaustausch leistet in Magdeburg der Arbeitskreis „Schule/Wirtschaft“ gute Arbeit. Dort können die Sichtweisen der Wirtschaft und der Schule, aber auch der Eltern, zusammengeführt werden. Die Schule kann nicht allein für die Erziehung der Kinder verantwortlich sein, sie muss in erster Linie Bildung vermitteln. Wenn die Wirtschaft über die Qualität von Absolventen klagt, so sind dann in erster Linie Erziehungsfragen gemeint. An der „Thomas Müntzer“-Schule kommt ferner in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk der Wirtschaft das Projekt „BRAFO“ (Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Orientieren) zur Anwendung. Bei Projekten dieser Art muss beim Auswahlverfahren der Bildungsträger präziser dargestellt werden, welche Erwartungen an diese gestellt werden.

3. Der Geschäftsführer der Gesellschaft für Wirtschaftsservice Magdeburg mbH führte in seinem Beitrag zwei unterschiedliche Aspekte an:

Er weist in seinem Beitrag auf die Vielzahl von Projekten zur beruflichen Orientierung („... zurzeit ca. 130 Maßnahmen ...“) mit fast identischen Inhalten hin und stellt fest, dass Fülle nicht immer mit Qualität gleichzusetzen ist. Es muss zusammengeführt und gebündelt werden. Als Beispiel nennt er die Messe „Perspektiven“, die als Leitmesse der Berufsfindung entwickelt werden muss statt einer Vielzahl – sicher ungewollt - konkurrierender Einzelaktivitäten. Anzustreben wäre auch eine deutliche Aufwertung des jährlich von der Arbeitsagentur organisierten „Tage der Berufe“ als konzertierte Aktion. Die gegenwärtige Vielzahl solcher Aktionen erschwert den Zielgruppen (Schülern, Eltern, Lehrern) den Überblick. Eine Folge davon ist die dabei trotz hohem Engagement der Akteure teilweise zu verzeichnende mangelnde Beteiligung der Zielgruppen. Der zweite Aspekt: Auch die Unternehmen tragen Verantwortung, indem sie sich auf die neue Lebenswelt von Auszubildenden und damit auf deren veränderte Eigenschaften und

Qualitäten einstellen müssen. Auch gesellschaftliche Veränderungen wie die demografische Entwicklung müssen bedacht sein. Dies bedeutet eine Abkehr von zu hohen Erwartungen an „Wunschschüler“.

Im Anschluss an die Kurzreferate bat der BG III die Teilnehmer des Workshops um einen Erfahrungsaustausch zu den Fragestellungen der Kurzreferate. Die Schwerpunkte der Diskussion waren:

- Aus der Sicht der Ministerium (Wirtschaft bzw. Kultus):
 Eine Studie hat zum Ergebnis geführt, dass es *den* Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt nicht gibt, sondern nur einen Mangel bei einzelnen Branchen. Die Chancen der Kompensation zum Beispiel durch Bemühungen, die Abwanderung zu stoppen oder Pendler an heimische Arbeitsplätze zu binden, sollte nicht gering geschätzt werden.
 Im Einvernehmen mit dem Kultusministerium werden Maßnahmen und Programme durchaus gebündelt, doch gibt es eine Vielzahl zu beachtender Prämissen. Bei der Vergabe an die Träger gibt es qualitative Kriterien, es muss nicht zwingend der „billigste“ ausgewählt werden. Die Kriterien werden ständig überprüft. Hinsichtlich des Programms BRAFO ist Finanzierungssicherheit bis 2015 gegeben. Das Programm verdient starke Beachtung, da viele Fördergelder zur Verfügung stehen.
- Aus der Sicht der Schulen:
 Das Programm BRAFO funktioniert mit der Handwerkskammer Magdeburg in der Sekundarschule „Thomas Mann“ sehr gut. In enger Zusammenarbeit werden zur Berufsorientierung die technischen Möglichkeiten des Handwerks verknüpft mit dem Einsatz des eigenen PC-Kabinetts. Häufiger Trägerwechsel bei Bildungsträgern ist von Nachteil, Mängel bei Bildungsträgern insbesondere bei mangelnder Ausstattung müssen den Ministerien schneller mitgeteilt werden, die Kontrolle muss verstärkt werden. Warum werden die kommunalen Bildungsträger nicht stärker mit Projekten mit den Kammern herangezogen? Die verbale Auseinandersetzung zwischen Schulen, Eltern und Wirtschaft muss konstruktivem „Schulfrieden“ weichen, Schuldzuweisungen führen nicht weiter.

- Aus der Sicht der Wirtschaft, der Stadtverwaltung (als Ausbildungsbetrieb) und der Universität:

Die IHK praktiziert seit Jahren einen Bewerbercheck, und dennoch stellt sie selbst fest, dass bundesweit rund 50 % der Bewerber keine Ausbildungsreife haben. Der Vorwurf mangelnder Ausbildungsreife kann präzisiert werden: Sinkende Allgemeinbildung, mangelnde Vernetzung von Grundlagenwissen, mangelnde Eigeninitiative, mangelndes Auftreten und Benehmen, ... etc. Bildungsinhalte sind in Alltagskontexte zu stellen und müssen der Alltagspraxis genügen. Die Ausbildung in Mathematik könnte durch musische Ausbildung unterstützt werden, zu den Lehrinhalten an den allgemeinbildenden Schulen müsste das Erlernen eines Instrumentes gehören.

- Aus der Sicht der Bildungsträger:

Es sollte ein Art „Verbundausbildung“ angestrebt werden, das heißt Betriebe entsenden Auszubildende zum Bildungsträger, der sich in enger Rückkopplung gezielt um die Beseitigung der aufgezeigten Defizite kümmert. Die Inhalte der Lehrerfortbildungsangebote sind mit den für die Belange der Wirtschaft relevanten Lehrplaninhalten abzugleichen. Ein erfolgreiches Programm der Lehrerfortbildung, bei dem Lehrer Praktika in Unternehmen ableisten, wird weitergeführt. Es hat unter anderem die Erkenntnis hervorgebracht, dass Unternehmen Lehrinhalte und Fertigkeiten erwarteten, die von den Schulen gar nicht mehr unterrichtet und vermittelt würden

- Aus der Sicht des Magdeburger Bündnis 50 plus e.V.:

Augenmerk ist auf die Verbesserung der Mitwirkung der Eltern zu richten. Eine Idee wäre es, ein Kompendium unter Mitwirkung der Hochschulen für Schüler zu erarbeiten. Die Stadt könnte ihre Aktivitäten im Rahmen der Ottostadt-Kampagne unter dem Motto „Wir - für Ottos Enkel“ bündeln.

Ergebnisse:

1. Grundsätzlich gilt: Schulische Ausbildung und Berufsbildung sind in einem komplexen gesellschaftlichen Umfeld zu sehen (Politik, Schule, insbesondere Stellenwert der Sekundarschule, Eltern, Weiterbildung, technologische Entwicklung, Globalisierung etc.). Das Problem mangelnder Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit ist dabei nur in diesem größeren Zusammenhang und in Verantwortung aller Akteure zu analysieren und zu lösen. Die Stadt als Schulträger kann ihre Spielräume und Instrumente nutzen und ihre kommunale Wirtschaftsförderung dazu einsetzen, um Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit zu erhöhen.
2. Ein Ansatzpunkt für Lösungen sind die erheblichen Kommunikationsdefizite unter den Beteiligten. Ein ständiger und breit angelegter Interessenabgleich von Schulen und der Wirtschaft in Bezug auf Bildungsinhalte, vor allem der Sekundarschulen, ist zu organisieren. Einvernehmliche genaue Analyse der Defizite ersetzt gegenseitige pauschale Schuldzuweisung. Im Sinne dieser Ziele soll in Magdeburg der Arbeitskreis Schule/Wirtschaft auf eine breitere Grundlage gestellt, gestärkt und mit neuen Aufgaben betraut werden. Die Begleitung des Arbeitskreises durch die GWM ist fortzusetzen. Neben der Stadt sollen auch das Wirtschafts- und das Kultusministerium einbezogen werden

Ein Beispiel einer engen und nachhaltig angelegten Zusammenarbeit Schule/Wirtschaft ist das Schulprojekt der Sekundarschule in freier Trägerschaft in der Marienstraße/Freie Straße im Zusammenwirken mit der Firma regiocom, ein Projekt, dem sich auch andere Firmen im Bereich des dortigen Gewerbegebiets anschließen wollen.

3. Das Landesprojekt BRAFO zur Berufsorientierung in den 7. und 8. Klassen der Sekundarschulen soll in der Stadt umfassend und mit breiter Wirkung zur Anwendung kommen. Das Land muss langfristige Finanzierungssicherheit geben. Strengere Qualitätsvorgaben und -kontrollen sind unerlässlich. Auch darüber hinaus soll auf die gezielte Anwendung von staatlichen Programmen zur Verbesserung der Berufsfähigkeit Einfluss genommen werden.

4. Programme der Lehrerfortbildung zur Sensibilisierung für spezifische Anforderungen der Wirtschaft sollen vor allem in Bezug auf kurzfristige Praktika von Lehrern in Betrieben verstärkt werden. Soweit derartige Praktika nicht auf das erwünschte breite Interesse in der Lehrerschaft stoßen, soll an den Sekundarschulen ein Kreis von Multiplikatoren geschaffen werden, die ihre in Praktika gewonnenen Erfahrungen systematisch und kontinuierlich an das Lehrerkollegium weitergeben.
5. Die geschätzt 130 Programme zur Verbesserung von Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit sind in einem Kompendium zusammenzufassen, ihr Bestand ist zu überprüfen mit dem Ziel der Systematisierung und Bündelung im Sinne von „best practice“ hinsichtlich der Praxistauglichkeit. Individuell entwickelte Maßnahmen (z.B. Auftritte von Unternehmern in den Schulen) wie auch ehrenamtliches Engagement müssen beachtet werden und verdienen Unterstützung. Die breite Einführung des Berufswahlpasses ist mit Unterstützung aller Akteure anzustreben.
6. Eine weitere Strategie ist es, das Ausbildungsinteresse gerade für den Standort, seine Branchen und Berufe, insbesondere Zukunftsbranchen, zu steigern. Eine Plattform dafür bietet die Messe „Perspektiven“, die als regionale Ausbildungs- Leitmesse zu profilieren und zu unterstützen ist.

7.

Anmerkung:

Im Nachgang zur Bildungskonferenz hat sich das Wirtschaftsdezernat um ein Projekt im Rahmen des Programms „Perspektive Berufsabschluss“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung bemüht. Ausgeschrieben war die „Förderinitiative 1 Regionales Übergangsmanagement“. Nach umfangreicher schriftlicher Antragstellung und mündlichen Erläuterungen beim Projektträger Deutsches Zentrum für Luft und Raumfahrt in Bonn hat das Wirtschaftsdezernat den Zuschlag für das eingereichte Projekt erhalten, das voraussichtlich am 1. Oktober 2010 beginnen kann.

Beim „Regionalen Übergangsmanagement“ (RÜM) geht es darum, unter den zahlreichen Akteuren von Projekten zur Begleitung des Übergangs Schule/Ausbildung/Beruf eine Koordination herbeizuführen letztendlich mit dem Ziel, die Berufsorientierung zu verbessern, Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

9. Fazit und Ausblick

Bildung hat auch in der Landeshauptstadt Magdeburg seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert.

Die vielfältigen Einrichtungen prägen die Bildungslandschaft der Stadt. Der Bildung kommt dabei weiterhin eine Schlüsselfunktion für Erwerbstätigkeit und Wohlstand zu.

Davon konnten sich alle Teilnehmer der ersten Bildungskonferenz der Landeshauptstadt Magdeburg eindrucksvoll an Hand der Referate und Workshops überzeugen.

Nachfolgend wurden, ausgehend von den Referaten und den Diskussionsbeiträgen in den drei Workshops, wesentliche Kerngedanken herausgestellt und zusammengefasst, ohne dabei zwingend auf die jeweilige Thematik des Referates bzw. Workshops zu verweisen:

Bildung ist und bleibt die wichtigste Voraussetzung für mehr Chancengleichheit. Ihre Qualität ist eine zentrale Kategorie für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die frühkindliche Bildung und Förderung sind das Fundament jeder individuellen Bildungsbiographie

Die vorhandene Bildungsvielfalt, ihre Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit ermöglicht allen die Chance auf gute Bildung und die Möglichkeit, entsprechend ihrer individuellen Fähigkeiten und Interessen (s)einen passenden Bildungsabschluss zu erwerben.

Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass jeder Schulabgänger entsprechend seinen Fähigkeiten eine ihm adäquate Ausbildung erhält, damit die regionale Wirtschaft ihren Bedarf an Arbeitskräften decken kann.

Dies insbesondere auf dem Hintergrund des demografischen Wandels und seiner tiefgreifenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und der viel diskutierten Arbeitskräftesicherung.

Eine individuell auf den Bedarf der Wirtschaft ausgerichtete Berufsorientierung ist dabei ein entscheidendes zielgerichtetes Handlungs- und Steuerungsinstrument.

Lebenslanges Lernen ist unabdingbar.

Mit dem Ende der Schulzeit kann die Bildungsphase in der heutigen Gesellschaft nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Flexibilität und Mobilität sind grundlegende Voraussetzungen- auch in der Berufstätigkeit.

Die Konferenz hat sich in diesem Zusammenhang auch damit beschäftigt, herauszuarbeiten, welche Erfordernisse sich aus kommunaler Sicht und unter sozialen Gesichtspunkten an das Bildungssystem ergeben.

Damit wurde eine wesentliche Voraussetzung für die weiterführende Arbeit und die in der Folge noch ausstehende Vernetzung der verschiedenen Träger geschaffen.

Aus den Diskussionen in den drei Workshops werden exemplarisch folgende Thesen benannt:

- **Bildungspolitische Zielvorstellungen der LH Magdeburg und der Bildungsakteure sind zu fokussieren; der Wille zu gemeinsamer Verantwortung und Handeln ist zu formulieren.**
- **Die Vernetzung der verschiedenen Träger stellt die wichtigste Voraussetzung für die weiterführende Arbeit dar.**
- **Mangelnde Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe verhindert zielgerichtetes Handeln im Einzelfall.**
- **Ständiger und breit angelegter Interessenabgleich von Schule und Wirtschaft insbesondere in Bezug auf Bildungsinhalte.**
- **Prüfung, Systematisierung und Bündelung der Programme zur Verbesserung der Ausbildungsreife und Berufsfähigkeit im Sinne von „best practice“.**

Abschließend werden folgende weiteren Aktivitäten benannt:

1. **Behandlung der vorliegenden Information in den Fachausschüssen sowie im Stadtrat;**
2. **Aufbereitung der Information für die Homepage der LH Magdeburg;**
3. **Schrittweise Evaluation der Ergebnisse der Bildungskonferenz bis 2012.**

Die Information wurde mit dem BG III sowie BG V abgestimmt.